



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 4

April 1973

Grafik des Monats: Pendlerströme 1970

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

Aufsätze:

Bundestagswahl 1972 (Teil 3)

Terminologie der Bevölkerungsstatistik

Wirtschaftssystematik: Industrie/Handwerk

Landw. Maschinen im Lohneinsatz

Tiefbauaufträge

Spareinlagen

## BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1971/72	1972/73	Veränderung in %	
		Monatsschnitt September bis Januar <sup>1</sup>			
<b>INDUSTRIE<sup>2</sup></b>					
Produktionsindex	1962 = 100	166	178	+	7
Beschäftigte	1 000	190	187	-	1
Umsatz <sup>3</sup>	Mill. DM	1 281	1 374	+	7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	23	-	3
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,2	8,6	+	4
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 700	2 507	-	7
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	241,7	276,9	+	15
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	188,8	219,1	+	16
<b>VERKEHR</b>					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 942	7 245	+	4
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	104,0	111,1	+	7
Grundstoffpreise <sup>4</sup>	1962 = 100	105,5	111,9	+	6
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte <sup>4</sup>	1962 = 100	113,3	118,0	+	4
landwirtschaftlicher Produkte <sup>4</sup>	1961/63 = 100	104,9	118,6	+	13
Lebenshaltung <sup>5</sup>					
insgesamt	1962 = 100	132,7	141,4	+	7
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	124,1	134,2	+	8
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	3 968	4 406	+	11
mittel- und langfristige Kredite <sup>7</sup>	Mill. DM	13 911	15 588	+	12
Spareinlagen	Mill. DM	6 200	7 035	+	13
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer <sup>8</sup>	Mill. DM	91	101	+	11
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	57	76	+	35
Lohnsteuer	Mill. DM	142	165	+	16
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	200	232	+	16

1) bei "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 4

April 1973

## Aktuelle Auslese

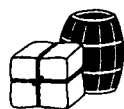


### Wohnungsbaujahr 1973 startete mit höchstem Bauvorrat

Nach der Bauüberhangserhebung zum Jahresende 1972 startete das Wohnungsbaujahr 1973 mit einem Bauvorrat von 45 900 Wohnungen, womit der bisherige Höchststand am Jahresende 1971 noch um gut 1 700 Wohnungen (3,9 %) übertroffen wurde. Beachtlich hoch ist der echte Bauüberhang (die bereits im Bau befindlichen Wohnungen), der 83 % der gesamten zum Bau freigegebenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen ausmacht. Rund 24 900 Wohnungen (54 %) standen am Jahresende bereits unter Dach.

Bei Wohngebäuden beträgt der Bauvorrat 13 700 Gebäude mit fast 43 600 Wohnungen. Weitere 1 100 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen. Im Nichtwohnbau besteht ein Überhang von über 1 900 Gebäuden und insgesamt 1 200 Wohnungen.

Für 339 Wohngebäude und 76 Nichtwohngebäude mit insgesamt 914 Wohnungen sind die Baugenehmigungen im Jahre 1972 erloschen.



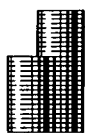
### Weiterhin zunehmende Exporterlöse

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich in den letzten 22 Jahren ständig ausgeweitet. Im Jahre 1950 betrug ihr Wert nur 87 Mill. DM. Die Milliardengrenze wurde 1960, die 2-Milliardengrenze 1969 überschritten. Im Jahre 1972 wurde ein Exportwert von über 3,0 Mrd. DM erzielt. Das sind 16,9 % mehr als im Vorjahr.

Die Höhe der schleswig-holsteinischen Ausfuhr in einem bestimmten Jahr hängt noch immer von dem Wert der jeweiligen Schiffsablieferungen an ausländische Reeder ab. 1972 entfielen rund 600 Mill. DM, das sind 19,9 % der gesamten Ausfuhr, auf ins Ausland gelieferte Seeschiffe.

Die wichtigsten Handelspartner in Europa waren die Länder der EWG und der EFTA. In diese Wirtschaftsblöcke wurden 1972 Waren im Werte von 823 Mill. DM und 1 082 Mill. DM exportiert. Der hohe Anteil der Ausfuhr in die Länder der Europäischen Freihandelszone ergibt sich aus dem hohen Wert der Schiffsablieferungen. 1972 entfielen auf Wasserfahrzeuge 462 Mill. DM, das sind 42,7 % der gesamten Ausfuhr in die EFTA. Die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen nach Großbritannien erreichte 382 Mill. DM.

Der Anteil der schleswig-holsteinischen Ausfuhr an der Bundesrepublik liegt 1972 bei 2,0 %.



### Weniger Aktiengesellschaften, mehr Gesellschaften mbH

Zum Jahresende 1972 enthielten die Handelsregister B bei den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein Eintragungen über 55 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von insgesamt 499 Millionen DM. Es sind dies 6 Gesellschaften weniger als vor Jahresfrist. Trotz des Abgangs – hauptsächlich infolge Umwandlung in eine andere Rechtsform – erhöhte sich das Grundkapital insgesamt um 23 Millionen DM oder 5 %. Dagegen nahm die Zahl der Gesellschaften mbH nicht zuletzt aus steuerlichen Gründen in bisher nicht bekanntem Ausmaße zu. 632 Gesellschaften wurden im Jahre 1972 neu gegründet oder entstanden durch Umwandlung aus einer anderen Rechtsform. Per Saldo, d. h. unter Berücksichtigung von 161 Abgängen, erhöhte sich der Bestand innerhalb des letzten Jahres von 2 519 auf 3 024 Gesellschaften (+ 20 %). Das Stammkapital wuchs per Saldo nur um 45 Millionen DM (+ 5 %) und überschritt knapp die Grenze von 1 Milliarde DM. Die Zahlen zeigen, daß vorwiegend Gesellschaften mit niedriger Kapitalausstattung neu hinzugekommen sind.

# Die Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein

## Teil 3: Regionale Ergebnisse

### Ergebnisse in den politischen Kreisen

Die politischen Kreise erlauben eine bessere regionale Untersuchung der Ergebnisse der Wahl als die Bundestagswahlkreise, weil sie ein kleineres und bekannteres Gebiet umfassen. Die Bundestagswahlkreise setzen sich überwiegend aus zwei Kreisen zusammen und meistens ist nur ein Kreis vollständig enthalten und vom anderen Kreis ein Teil. Nur in Pinneberg und Lübeck stimmt der Wahlkreis mit dem Kreis überein. Die Vergleichsergebnisse der Bundestagswahl 1969 mußten auf die jetzige Kreiseinteilung umgerechnet werden, da damals noch die alte Kreiseinteilung galt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Briefwähler nur schätzungsweise zugeordnet werden konnten.

Die Wahlbeteiligung ist nach wie vor in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Der Abstand ist aber nur noch geringfügig, da das Wahlinteresse in den kreisfreien Städten kräftiger gestiegen ist als in den Kreisen. Insgesamt erhöhte sich die Wahlbeteiligung gegenüber 1969 von 86,0% auf 90,5%, in den Kreisen von 86,2% auf 90,7% und in den kreisfreien Städten von 85,4% auf 90,1%.

Obwohl die Wahlbeteiligung in den Kreisen, die 1969 eine niedrige Wahlbeteiligung hatten, kräftiger gestiegen ist als in den Kreisen mit hoher, hat sich an der Rangfolge nichts geändert. Der Kreis Nordfriesland weist weiterhin die niedrigste Wahlbeteiligung auf (87,1%), gefolgt von den Kreisen Flensburg-Land (89,2%) und Schleswig (89,3%). An der Spitze stehen die Kreise Stormarn mit 92,5%, Pinneberg mit 92,2%, Plön mit 91,8% (das den Platz mit Hzgt. Lauenburg getauscht hat) und Hzgt. Lauenburg mit 91,6%. Es läßt sich also ein Nord-Süd-Gefälle in der Wahlbeteiligung feststellen.

Unter den kreisfreien Städten nimmt Flensburg wie bisher den letzten Platz ein (88,8%). Die anderen kreisfreien Städte liegen nahe beieinander. Am wahlfreudigsten waren dieses Mal die Kieler (90,5%), während es 1969 die Lübecker gewesen sind.

Die weit verbreitete Meinung, daß eine hohe Wahlbeteiligung der CDU Nutzen bringt und eine niedrige der SPD, trifft nicht zu. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1972 beweisen sogar das Gegenteil. In den vier Kreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung liegt die SPD vorn und in den vier Kreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung ist die CDU in

dreien die stärkste Partei. Auch vom Landesergebnis her muß man sagen, daß die SPD von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert hat.

Nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 ist die CDU nur noch in einem Drittel der Kreise, nämlich in vier, die stärkste Partei und in keiner kreisfreien Stadt. Sie erreichte in keinem Kreis die absolute Mehrheit und blieb in den kreisfreien Städten unter 40%. Die höchsten Anteile sprangen für die CDU in den Kreisen Dithmarschen (48,2%), Schleswig (46,7%) und Steinburg (46,0%) heraus und die niedrigsten in den kreisfreien Städten Flensburg (33,6%), Kiel (34,5%) und Lübeck (37,0%).

Die CDU mußte gegenüber der Bundestagswahl 1969 in allen Kreisen und kreisfreien Städten relative Verluste hinnehmen. Im Landesdurchschnitt ging ihr Anteil um 4,2 Punkte auf 42,0% zurück, in den Kreisen um 4,0 Punkte auf 44,4% und in den kreisfreien Städten um 4,8 Punkte auf 35,9%. Am größten waren die Einbußen der CDU in den Kreisen Flensburg-Land (- 7,2 Punkte), Nordfriesland (- 6,4 Punkte) und Schleswig (- 6,3 Punkte). In diesen Kreisen ging für die CDU die absolute Mehrheit verloren und in Flensburg-Land sogar die relative Mehrheit. Außerdem mußte die CDU die Spitzenposition noch in den Kreisen Hzgt. Lauenburg, Ostholstein, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Stormarn an die SPD abtreten. Am geringsten waren die Verluste der CDU in den Kreisen Stormarn (- 2,1 Punkte), Plön (- 2,5 Punkte) und Steinburg (- 2,6 Punkte). Sie konnte dadurch den ersten Platz gegenüber der SPD in Steinburg wahren, wenn auch nur mit einem sehr knappen Vorsprung. Der Vorsprung ist, bis auf den Kreis Dithmarschen mit 3,8 Punkten, auch in den anderen CDU-Kreisen nicht groß. In den kreisfreien Städten hat sich der Rückstand der CDU gegenüber der SPD weiter vergrößert. Am kräftigsten war der Rückgang in Lübeck (- 5,8 Punkte) und Flensburg (- 5,5 Punkte).

Die SPD, die ihr bisher weitaus bestes Wahlergebnis in Schleswig-Holstein erzielte, verbesserte in allen Kreisen und kreisfreien Städten ihre Position. Sie baute in den kreisfreien Städten insgesamt die absolute Mehrheit aus und kam in den Kreisen auf einen Anteil von 46,3%. In den kreisfreien Städten waren ihre Gewinne nicht ganz so groß (+ 4,6 Punkte) wie in den Kreisen (+ 5,4 Punkte), sie nimmt jedoch in allen kreisfreien Städten die erste

Die Bundestagswahl 1969 und 1972 in den politischen Kreisen

KREISFREIE STADT  Kreis	Wahlbeteiligung		Gültige Zweitstimmen		darunter entfallen auf					
	1969  in %	1972	1969	1972	CDU		SPD		FDP	
					1969	1972	1969	1972	1969	1972
			Anzahl		in %					
FLensburg	82,8	88,8	56 373	62 119	39,1	33,6	51,9	56,2	4,6	9,5
KIEL	85,2	90,5	165 648	177 670	38,2	34,5	52,2	55,5	5,0	9,3
LÜBECK	86,3	90,3	149 300	162 027	42,8	37,0	47,9	53,9	4,5	8,2
NEUMÜNSTER	86,1	90,0	51 715	57 213	44,4	39,9	47,5	52,4	4,5	7,2
Z u s a m m e n	85,4	90,1	423 036	459 029	40,7	35,9	50,1	54,7	4,7	8,7
Dithmarschen	85,9	89,8	78 235	87 170	52,0	48,2	36,0	44,4	4,9	6,3
Flensburg-Land	83,3	89,2	36 870	44 599	51,8	44,6	37,7	46,1	5,0	8,5
Hzgt. Lauenburg	87,7	91,6	85 257	97 238	47,5	43,6	42,6	47,8	4,6	7,8
Nordfriesland	81,5	87,1	81 898	96 195	51,5	45,1	37,3	44,9	6,6	9,3
Ostholstein	86,5	90,5	102 281	116 441	47,8	43,9	41,8	47,9	4,8	7,4
Pinneberg	88,2	92,2	139 525	161 785	44,9	41,9	45,1	47,0	5,7	10,3
Plön	87,5	91,8	63 195	72 972	46,2	43,7	43,7	48,3	4,6	7,1
Rendsburg-Eckernförde	85,6	90,3	131 238	148 389	49,9	44,5	39,8	46,9	4,9	7,9
Schleswig	84,4	89,3	54 652	62 009	53,0	46,7	36,4	44,9	5,4	7,7
Segeberg	86,9	91,3	90 723	112 286	48,4	44,5	40,3	44,7	6,4	10,1
Steinburg	87,3	90,7	74 891	86 883	48,6	46,0	40,5	45,9	5,4	7,0
Stormarn	87,6	92,5	93 039	109 160	45,0	42,9	43,6	45,7	6,5	10,6
Z u s a m m e n	86,2	90,7	1 031 804	1 195 127	48,4	44,4	40,9	46,3	5,4	8,5
Schleswig-Holstein	86,0	90,5	1 454 840	1 654 156	46,2	42,0	43,5	48,6	5,2	8,6

Stelle mit absoluter Mehrheit ein und ist in 8 Kreisen führend. Sie konnte ihren Vorsprung gegenüber der CDU in den kreisfreien Städten von 9,4 Punkten auf 18,8 Punkte verdoppeln. Besonders groß ist der Abstand in Flensburg mit 22,6 Punkten. Während die SPD in den kreisfreien Städten schon 1969 führend gewesen war, gelang es ihr jetzt, auch in den Kreisen die stärkste Partei zu werden. Sie baute ihre Spitzenposition im Kreis Pinneberg aus und nahm der CDU 7 Kreise ab. Dabei ragt vor allem der Wechsel im Kreis Flensburg-Land heraus. Hier lag die CDU 1969 noch mit der absoluten Mehrheit an der Spitze und jetzt ist die SPD die stärkste Partei. Die SPD verbesserte sich in Flensburg-Land um 8,4 Punkte auf 46,1%. Die niedrigsten Zuwachsraten erzielte die SPD in den Kreisen Pinneberg (+ 1,9 Punkte) und Stormarn (+ 2,1 Punkte). Die Anteile der SPD lagen 1969 noch in 5 Kreisen unter 40%, 1972 ist das in keinem Kreis mehr der Fall. Am schlechtesten schnitt die SPD im Kreis Dithmarschen mit 44,4% ab, 1969 hatte sie dort allerdings nur 36,0% erreicht.

Die FDP übersprang in allen Kreisen und kreisfreien Städten deutlich die 5%-Marke. Bei der Bundestagswahl 1969 hatte sie in drei kreisfreien Städten und fünf Kreisen darunter gelegen. Sie kam in den kreisfreien Städten insgesamt auf einen Anteil von 8,7% (+ 4 Punkte) und in den Kreisen auf 8,5% (+ 3,1 Punkte). Damit kommt auch der Wandel der FDP zum Ausdruck: bisher waren ihre

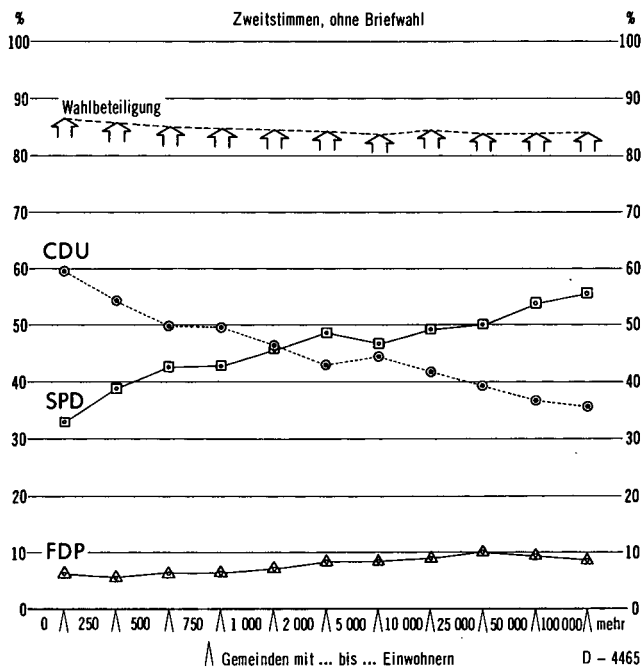
Anteile in den Kreisen größer als in den kreisfreien Städten. Über ein Zehntel der gültigen Zweitstimmen entfielen auf die FDP in den Kreisen Segeberg (10,1%), Pinneberg (10,3%) und Stormarn (10,6%). Das sind die drei an Hamburg angrenzenden Kreise. Unter den kreisfreien Städten schnitt sie in Flensburg (9,5%) und Kiel (9,3%) am besten ab. Am geringsten waren die Zunahmen der FDP in den Kreisen Dithmarschen (+ 1,4 Punkte) und Steinburg (+ 1,6 Punkte).

Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen

Die Wahlbeteiligung ist in den Gemeindegrößenklassen nicht sehr unterschiedlich, wenn auch ein leichtes Gefälle von den kleinen zu den großen Gemeinden feststellbar ist. Ohne Berücksichtigung der Briefwahl waren die Einwohner der kleinsten Gemeinden am wahlfreudigsten (86,5%) und die der Gemeinden mit 5 000 - 10 000 Einwohnern gingen am wenigsten zur Wahl (83,4%).

Die CDU ist wie bei früheren Wahlen in den kleinen Gemeinden erfolgreicher und die SPD in den großen. Die Anteile der CDU sinken mit wachsender Gemeindegröße und die der SPD steigen. Nur in der Größenklasse 5 000 - 10 000 Einwohner ist wie bisher ein Bruch feststellbar. Die Wähler dieser Gemeinden haben häufiger CDU und entsprechend weniger SPD gewählt, als es dem Trend entsprechen würde. Das liegt

## Die Bundestagswahl 1972 nach Gemeindegrößenklassen



zum Teil an den Großgemeinden im Kreis Ostholstein.

In den Gemeinden bis 500 Einwohner konnte die CDU die absolute Mehrheit erringen und in den Kleinstgemeinden unter 250 Einwohner sogar fast sechs Zehntel der gültigen Zweitstimmen. Sie liegt in den Gemeinden bis 10 000 Einwohner über ihrem Landesdurchschnitt von 41,9% (ohne Briefwähler, da diese nicht den Größenklassen zugeordnet werden können). Die SPD blieb demgegenüber in diesen Größenklassen unter ihrem Landesdurchschnitt von 49,0% (ohne Briefwähler). In der Größenklasse 10 000 - 25 000 Einwohner erreichte sie ihn und in den großen Gemeinden errang sie die Hälfte und mehr der gültigen Zweitstimmen. Die SPD überflügelte die CDU in allen Gemeindegrößenklassen ab 2 000 Einwohner. Ihre Anteile liegen nur bei den Gemeinden unter 500 Einwohner unter 40%, während dies bei der CDU bei den Gemeinden ab 25 000 Einwohner der Fall ist.

Vergleicht man das Gewicht der Größenklassen nach der Anzahl der gültigen Zweitstimmen, so sieht man deutlich, warum die CDU trotz hoher Anteile in den unteren Größenklassen nur wenig mehr als vier Zehntel der Stimmen bekam und warum die SPD trotz niedriger Anteile in den unteren Größenklassen beinahe die absolute Mehrheit erreichte. In den Gemeinden bis 10 000 Einwohner leben 43% aller Wähler mit gültiger Zweitstimmenabgabe. Sie stellen aber 48% aller CDU-Stimmen und nur 39% aller SPD-Stimmen. Demgegenüber kommen aus den Gemeinden ab 10 000 Einwohner 57% aller gültigen

Stimmen, aber nur 52% der CDU-Wähler gegenüber 61% der SPD-Wähler.

Bei der FDP besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Größenklassen sind einmal nicht sehr groß und zum anderen ist kein Trend feststellbar. Die größten Anteile erzielte die FDP in den obersten Größenklassen, wobei die Größenklasse 25 000 - 50 000 Einwohner mit einem Anteil von 10% besonders herausragt.

Ein detaillierter Vergleich zwischen den Bundestagswahlen 1969 und 1972 nach Größenklassen läßt sich nicht anstellen, da sich die Gemeindestruktur in Schleswig-Holstein in der Zwischenzeit wesentlich geändert hat, nämlich durch die Bildung von Norderstedt, Zusammenlegung von Gemeinden und Eingliederung in kreisfreie Städte.

### Die Bundestagswahl 1972 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf		
		CDU	SPD	FDP
unter 250	86,5	59,6	33,1	6,2
250 - 500	85,7	54,2	39,0	5,9
500 - 750	85,0	49,9	42,7	6,5
750 - 1 000	84,7	49,5	43,1	6,6
1 000 - 2 000	84,2	46,4	45,7	7,2
2 000 - 5 000	83,9	42,7	48,5	8,1
5 000 - 10 000	83,4	44,1	46,6	8,4
10 000 - 25 000	84,3	41,5	49,0	8,8
25 000 - 50 000	83,7	39,2	50,0	10,0
50 000 - 100 000	83,6	36,6	53,6	9,3
100 000 und mehr	84,0	35,4	55,4	8,5
Zusammen dazu Briefwahl	84,1	41,9	49,0	8,3
		43,4	43,5	12,2
Insgesamt	90,5	42,0	48,6	8,6

### Wahlergebnisse in den Gemeinden

In diesem Abschnitt sollen die Ergebnisse von Gemeinden mit extremem Wahlausgang dargestellt werden. Wer sich für einzelne Gemeindeergebnisse interessiert, der sei auf das Quellenwerk "Die Bundestagswahl am 19.11.1972 in Schleswig-Holstein (Endgültiges Ergebnis)", Statistische Berichte BVII 1 - 5/72, verwiesen, das die Erst- und Zweitstimmen-ergebnisse für jede Gemeinde enthält.

Bei Bundestagswahlen kommt es, anders als bei Gemeindewahlen, selten vor, daß eine Partei in einer Gemeinde alle Stimmen erhält. Bisher hat dies nur die CDU geschafft. Auch dieses Mal gelang es ihr, in einer Gemeinde einen solchen hundertprozentigen Erfolg zu erringen. Sie erhielt in der Gemeinde Knorburg

(Kreis Nordfriesland), die 27 Wahlberechtigte hat, alle gültigen Erst- und Zweitstimmen. In sechs weiteren Gemeinden, die zwischen 26 und 52 Wahlberechtigte aufweisen, erhielt die CDU mehr als 90% der Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1969 sind es auch sechs Gemeinden gewesen, aber bis auf Schardebüll (Kreis Nordfriesland) andere. In weiteren 58 Gemeinden bekam die CDU über drei Viertel der gültigen Zweitstimmen, gegenüber 82 bei der Bundestagswahl 1969. Auf über die Hälfte der gültigen Zweitstimmen kam die CDU in 586 Gemeinden (1969: 834). Es sind darunter nur drei größere Gemeinden vertreten, und zwar Plön mit 7 800 Wahlberechtigten und einem CDU-Anteil von 51,0% (1969: 51,8%), Bad Bramstedt mit 5 700 Wahlberechtigten und 51,6% (1969: 56,5%) sowie Timmendorfer Strand mit 5 700 Wahlberechtigten und 50,2% (1969: 55,2%). Bei der Bundestagswahl 1969 hatte die CDU in sieben weiteren Gemeinden mit mehr als 5 000 Wahlberechtigten die absolute Mehrheit errungen: Heide (1972: 46,2%), Neustadt in Holstein (1972: 45,4%), Bad Segeberg (1972: 46,8%), Ratzeburg (1972: 48,7%), Malente (1972: 49,4%), Barmstedt (1972: 48,9%) und Meldorf (1972: 47,2%).

Gemeinden ohne jede CDU-Stimme gab es wie bei den vorangegangenen Wahlen nicht. Die niedrigsten Anteile sprangen für die CDU in den Gemeinden Tönning, Kirchspiel (Nordfriesland) mit 25,0%, Arnis (Schleswig) und Krempel (Dithmarschen) mit 28,8%, Weding (Flensburg-Land) mit 28,9%, Harrislee (Flensburg-Land) mit 29,5% und Avendorf (Ostholstein) mit 29,8% heraus.

Der SPD gelang es trotz einer allgemeinen kräftigen Stimmenzunahme wie 1969 nicht, in einer Gemeinde über 70% der Zweitstimmen zu erringen. Den größten Stimmenanteil erzielte die SPD in Krempel (Dithmarschen) mit 69,3%, das 1969 den zweiten Platz mit 66,1% einnahm. Es folgen die Gemeinden Tönning, Kirchspiel mit 67,6% (1969: 59,2%), Schulenburg (Stormarn) mit 65,9% (1969: 60,5%) und Avendorf (Ostholstein) mit 65,1% (1969: 64,4%). Diese Gemeinden haben weniger als

500 Wahlberechtigte. Sieht man von den kreisfreien Städten ab, so bekam die SPD in weiteren 242 Gemeinden über die Hälfte der gültigen Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 1969 ist das insgesamt nur in 76 Gemeinden der Fall gewesen. Unter den Gemeinden mit absoluter Mehrheit der SPD befinden sich der Größe nach folgende mit mehr als 10 000 Wahlberechtigten:

	1972	1969
Elmshorn	52,3	48,5
Rendsburg	51,4	46,2
Schleswig	51,8	45,8
Husum	52,8	47,4
Geesthacht	56,1	50,8
Eckernförde	52,8	47,7
Uetersen	52,0	49,2
Preetz	53,6	49,6

Weitere neun Gemeinden mit absoluter SPD-Mehrheit haben mehr als 5 000 Wahlberechtigte.

Im Gegensatz dazu erhielt die SPD in 136 Gemeinden weniger als ein Viertel der gültigen Zweitstimmen und in zwei davon keine Stimmen (Knorburg, Nordfriesland, und Wellerhop, Dithmarschen).

Von den übrigen Parteien erreichte keine in einer Gemeinde auch nur annähernd die absolute Mehrheit. Die FDP erzielte in Fresendelf (Nordfriesland) mit 27,1% (1969: 15,7%) der gültigen Zweitstimmen ihren höchsten Anteil. Bei der Bundestagswahl 1969 hatte Poppenbüll (Nordfriesland) mit 35,4% an der Spitze gelegen (1972: 21,1%, 1965: 52,1%). Es folgen Vollerwiek mit 26,4% (1969: 25,2%), Kotzenbüll mit 24,8% (1969: 18,8%) und Norderfriedrichskoog mit 24,3% (1969: 14,3%). Diese Gemeinden liegen alle im Kreis Nordfriesland und haben weniger als 200 Wahlberechtigte. In 23 Gemeinden hat kein Wähler für die FDP gestimmt.

Walter Dahms

Vergleiche auch: "Regionale Ergebnisse der Bundestagswahl 1969 und Umrechnungen auf Landtagswahlkreise" in dieser Zeitschrift 1969, S. 242 (November/Dezember)

# Zur bevölkerungsstatistischen Terminologie der Volkszählung 1970

Den meisten von uns werden Begriffe wie Einwohner oder Bevölkerung als eindeutig und darum völlig unproblematisch erscheinen: Einwohner eines Gebietes sind eben diejenigen, die dort wohnen, und die Summe der Einwohner ist die Bevölkerung. Im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt es dazu in § 7, Abs.1, daß derjenige in einem Ort seinen Wohnsitz begründet, der sich an diesem Ort ständig niederläßt. Und weiter in Abs.2: "Der Wohnsitz kann gleichzeitig an mehreren Orten bestehen".

Hier tauchen schon Probleme auf; denn man muß sich bei Personen mit mehreren Wohnsitzen fragen, in welcher Gemeinde sie als Einwohner zählen sollen. Soll der Student, der in Kiel zur Untermiete wohnt, dessen Familie aber in Husum lebt, in Kiel, in Husum oder in beiden Städten zu den Einwohnern gehören? Wo soll der Familienvater gezählt werden, der eine neue Arbeit in Hamburg gefunden hat, sich dort ein Zimmer genommen hat und nur über's Wochenende zu seiner Familie nach Niebüll fahren kann?

In der Terminologie des Meldewesens wird nach Haupt- und Nebenwohnsitz unterschieden. Personen mit mehreren Wohnsitzen bestimmen nach eigenem Ermessen, wo die Hauptwohnung sein soll<sup>1</sup>.

Da eine Reihe von Rechten und Pflichten nur am Hauptwohnsitz wahrgenommen werden kann - wie Ausstellung von Ausweisen, Pässen, Lohnsteuerkarten, Feststellung der Wahlberechtigung und Wählbarkeit, Heranziehung zur Impf-, Schul- und Wehrpflicht - soll in dem Ort die Hauptwohnung sein, den ... "der Inhaber mehrerer Wohnungen als den Mittelpunkt oder jedenfalls Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse ansieht"<sup>1</sup>.

Da Volkszählungen wichtige Daten für viele Statistiken liefern, es also zu unterschiedlichen Fragestellungen kommt, ist es auch notwendig, verschiedene Bevölkerungsbegriffe anzuwenden.

Für die meisten in diesem Zusammenhang anfallenden Fragen kommt es darauf an zu wissen, in welchem Gebiet für eine Person der Schwerpunkt ihrer Lebensverhältnisse liegt. Dieser Schwerpunkt wird bei einer Person mit mehreren Wohnsitzen in der Gemeinde vermutet, von der aus sie ihrer täglichen Beschäftigung nachgeht. Dieses

Kriterium liegt der Wohnbevölkerung zugrunde, die wie folgt definiert ist:

Zur Wohnbevölkerung einer Gemeinde zählen alle Personen, die am Zählungstichtag (27. 5. 70) dort ihren einzigen Wohnsitz hatten. Personen mit weiterer Wohnung in einer anderen Gemeinde wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen oder in der sie sich überwiegend aufhielten (bei Personen, die weder im Beruf noch in Ausbildung stehen).

Deutsche mit weiterer Wohnung im Ausland wurden dagegen zur Wohnbevölkerung ihrer deutschen Gemeinden gezählt, auch wenn ihr Aufenthaltsschwerpunkt im Ausland lag.

Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung wurden der Gemeinde zugeordnet, in der sie vor ihrer Einberufung wohnten. Entsprechend wurde bei nichtmeldepflichtigen<sup>2</sup> Personen in Heimen und Anstalten und bei Untersuchungshäftlingen verfahren.

Dagegen wurden Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften ebenso wie Strafgefangene und Dauerinsassen von Anstalten am Ort der Gemeinschaftsunterkunft oder der Anstalt zur Wohnbevölkerung gerechnet.

Angehörige ausländischer Stationierungskräfte sowie ausländischer Vertretungen wurden mitsamt ihren Familienangehörigen bei der Volkszählung nicht erfaßt.

Entsprechend dieser Definition gehören in den beiden genannten Fällen der Student zur Wohnbevölkerung Kiels und der Familienvater zur Wohnbevölkerung Hamburgs, während die übrigen Familienmitglieder natürlich den Städten Husum und Niebüll zugeordnet werden. Zur Ermittlung der Wohnbevölkerung wird jede Person also nur einmal gezählt, und zwar dort, wo ihr Aufenthaltsschwerpunkt vermutet wird.

Die Wohnbevölkerung stellt den zentralen bevölkerungsstatistischen Begriff dar; dank der Zuordnung nach dem Aufenthaltsschwerpunkt ist die nach dieser Definition ermittelte Zahl vielseitig verwendbar<sup>3</sup> und wird deshalb auch als Basis für die Bevölkerungsfortschreibung herangezogen, von der letztlich auch die Höhe der Finanzzuweisungen an die Gemeinden bestimmt wird. Sie ist auch langjährig vergleichbar, da die Wohnbevölke-

<sup>2</sup> Erst nach dreimonatigem Anstaltsaufenthalt tritt in der Regel die Meldepflicht ein

<sup>3</sup> Vergleiche Fachserie Bevölkerung und Kultur, Volks- und Berufszählung vom 6. 6. 61, Heft 3, Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, S. 21 und 22

<sup>1</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschriften (AVV) zum Gesetz über das Meldewesen (Meldegesez) § 1, Abs. 2 gemäß Runderlaß des Innenministers vom 8. Juni 1959, in: GVObI. Schleswig-Holstein, S. 23



rung schon seit 1925 bei Volkszählungen regelmäßig erhoben wurde<sup>4</sup>.

Um anders gerichteten Bedürfnissen entgegenzukommen, ist es erforderlich, Personen mit weiteren Wohnsitzen in allen ihren Wohn-gemeinden zu zählen, wodurch natürlich Doppelerfassungen entstehen. Die wohn-berechtigte Bevölkerung einer Ge-meinde A ergibt sich also aus der Summe der Wohnbevölkerung von A und den Personen, die zwar in A einen Wohnsitz haben, aber woanders zur Wohnbevölkerung gehören (dies gilt selbstverständlich auch, wenn beide Wohnsitze in der gleichen Gemeinde liegen). Davon ausgenommen sind allerdings Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung, die ausschließlich der Wohn-gemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet werden. Ent-sprechend wurde bei nichtmeldepflichtigen Personen in Heimen und Anstalten und bei Untersuchungshäftlingen verfahren. In den beiden genannten Fällen wird also der Student in Kiel und Husum, der Familienvater in Hamburg und Niebüll zur wohnberechtigten Bevölkerung gezählt. Diese Bezeichnung ist eigentlich ungenau; denn streng genommen wird nicht die Bevölkerung, sondern es werden die Wohnsitze gezählt.

Die Ermittlung der wohnberechtigten Bevölke-rung ist unentbehrlich für Untersuchungen über Wohnraumversorgung, weil sie besseren Aufschluß über die Inanspruchnahme von Wohnraum gibt als die Wohnbevölkerung. Sie wird deshalb auch regelmäßig bei Wohnungszählungen ermittelt.

Da sich die Gemeindebehörden auch mit Bürgern befassen müssen, die unter Beibehal-tung ihrer bisherigen Wohnung in einer anderen Gemeinde einen weiteren Wohnsitz begründet haben und dort zur Wohnbevölkerung gehören, ist auch die Ermittlung der wohn-berechtigten Bevölkerung für viele Verwal-tungsentscheidungen relevant. "Nicht zuletzt aus diesem Grund findet beim Bezug einer weiteren Wohnung neben der bisherigen auch keine Abmeldung statt und somit auch keine Löschung in der Einwohnerkartei".<sup>5</sup>

Die wohnberechtigte Bevölkerung ist ferner Ausgangsbasis für die Ableitung weiterer Bevölkerungsbegriffe der Haushalts- und Familienstatistik. Griffe man hier auf die Wohnbevölkerung zurück, dann würden sozio-ökonomische Zusammenhänge in allen Fällen, in denen Haushalts- oder Familienmitglieder mehrere Wohnungen haben, zerrissen. Aus

4) K. Schwarz, Demographische Grundlagen der Raumforschung und Landesplanung, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band 64, Hannover 1972, S. 49

5) Vergleiche Fachserie Bevölkerung und Kultur, Volks- und Berufs-zählung vom 6. 6. 61, Heft 3, Bevölkerungsstand und Bevölkerungsent-wicklung, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, S. 21 und 22

rein formalen Gründen würden zum Beispiel verheiratete Frauen als alleinige Haushalts-vorstände, Haushalte und Familien nur als Resthaushalte und Restfamilien ausgewiesen, weil eben Ehegatten an verschiedenen Orten gezählt worden sind. Je nach Fragestellung sind neben den um die abwesenden Personen ergänzten Haushalten und Familien aber auch die Einzelhaushalte dieser Personen am Arbeits- oder Ausbildungsort von Interesse und werden folglich auch dort gezählt. Nach der haushaltsstatistischen Terminologie be-gründet eine Person mit mehreren Wohnsitzen in der Regel auch mehrere Haushalte. In unserem Fall führt der Student in Kiel einen Einzelhaushalt und gehört am Familien-wohnsitz ebenfalls zum dortigen Haushalt.

Wird von der wohnberechtigten Bevölkerung die Anstaltsbevölkerung - das sind alle Personen, die als Insassen oder Personal im Bereich einer Anstalt wohnen und dort keinen eigenen Haushalt führen, das heißt, dort an der Gemeinschaftsverpflegung und den Gemeinschaftseinrichtungen teilnehmen - abgezogen, so erhält man, unter Berücksichti-gung von zwei Ausnahmen, die Bevölkerung in Privathaushalten. In unseren beiden Beispielen wird also der Familienvater in Niebüll und Hamburg, der Student in Husum und Kiel der Bevölkerung in Privathaushalten zugerechnet.

Wie schon erwähnt, ist die mehrfache Erfassung und Zuordnung von Personen mit mehr als einem Wohnsitz dadurch begründet, daß sie an jedem Wohnort alleine oder zusammen mit Angehörigen eine selbständig wirtschaftende Einheit bilden, entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Infra-struktur der Wohnsitzgemeinden belasten. Es wäre nicht im Sinne dieser Begründung, wenn man in der Haushalts- und Familien-statistik erwachsene Kinder, die fern vom früheren Familienwohnsitz ein völlig selbst-ständiges Leben führen und nur aus Gewohnheit noch am Familienwohnsitz ihrer Eltern gemeldet sind, dort bei der Bevölkerung in Privathaushalten berücksichtigen würde. Daher wurden Personen, die älter als 24 Jahre sind, nicht mehr zum Haushalt der Eltern gerechnet, wenn sie einen weiteren Wohnsitz hatten und sich dort überwiegend aufhielten, ihren Lebensunterhalt selbst bestritten und nicht etwa Haushaltungsvorstand im Haushalt ihrer Eltern waren. Ebensowenig wurde die Existenz eines zweiten Haushalts an dem Ort anerkannt, an dem sich die Haushalts-mitglieder nur zeitweilig aufhielten, wenn alle Mitglieder überwiegend in einer anderen Gemeinde lebten. Das trifft zum Beispiel für Familien mit einem Ferienhaus zu, das nur am Wochenende oder im Urlaub bewohnt wird.

Der Nachweis der Personen mit weiterer Wohnung nur am Wohnort der Familie stellt den Familienzusammenhang wieder her und eliminiert gleichzeitig die Personen, deren Familie nicht in der betreffenden Gemeinde wohnt. Diese Bevölkerung am Familienwohnsitz, die häufig mit der zu Anfang erwähnten Bevölkerung am Hauptwohnsitz identisch ist, entspricht etwa der "Stammbevölkerung" einer Gemeinde.

Geht man von der Bevölkerung in Privathaushalten aus, so kommt man zur Bevölkerung am Familienwohnsitz, wenn man die beiden folgenden Personengruppen nicht mitzählt:

- verheiratete getrennt lebende Personen ohne Kinder, sofern sie eine weitere Wohnung hatten; denn hier wird angenommen, daß derartige Fälle in einer anderen Gemeinde ebenfalls gezählt und einer Familie zugeordnet worden sind.
- ledige Personen ohne Eltern und Kinder, sofern sie eine weitere Wohnung hatten und sie angegeben hatten, daß sie überwiegend durch Angehörige ernährt worden sind. Auch hier werden diese Personen ebenfalls einer Familie an einem anderen Ort zugeordnet worden sein.

Anhand des schon strapazierten Beispiels von dem Studenten aus Husum an der Universität in Kiel sollen die Unterschiede der hier dargestellten vier Bevölkerungsbegriffe zusammenfassend noch einmal kurz konkretisiert werden. Der Student zählt bei der Feststellung

- der Wohnbevölkerung: nur zur Stadt Kiel,
- der wohnberechtigten Bevölkerung: zu Kiel und Husum,
- der Bevölkerung in Privathaushalten: zu Kiel und Husum, und nur zu Husum, wenn er in Kiel in einem Studentenheim (Anstalt) wohnt,
- der Bevölkerung am Familienwohnsitz: nur zu Husum.

Abschließend sollen noch einige Volkszählungsergebnisse zu diesen Begriffen genannt werden: Am 27. 5. 1970 betrug die Wohnbevölkerung des Landes 2 494 000; davon hatten 96% nur einen Wohnsitz, während die verbleibenden 106 000 Menschen eine weitere Wohnung in oder außerhalb Schleswig-Holsteins hatten. 96 000 weitere Wohnsitze wurden gezählt, deren Inhaber woanders zur Wohnbevölkerung gehörten. Addiert man diese zur Wohnbevölkerungszahl, so erhält man die wohnberechtigte Bevölkerung (2 590 000). Die Bevölkerung in Privathaushalten betrug 2 484 000. Bei 913 000 Privathaushalten ergibt sich so eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,7. Dagegen lebten 64 000 Personen in Anstalten, mithin belief sich die Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten auf 2 548 000. Über die Bevölkerung am Familienwohnsitz liegen noch keine Ergebnisse vor. Sie werden aber in Kürze ebenfalls verfügbar sein.

Jörg Rüdell

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten A/Volkszählung 1970 enthalten. Vergleiche auch: "Volkszählungen und amtliche Fortschreibung der Einwohnerzahl" in dieser Zeitschrift 1972, S. 70 (April)

## Industrie und Handwerk in wirtschaftssystematischer Sicht

### Begriffsbestimmungen und Verfahrensweisen

Als Grundlage für die wirtschaftliche Gliederung von Institutionen und Personen dient in der amtlichen Statistik gegenwärtig überwiegend die "Systematik der Wirtschaftszweige", Ausgabe 1961<sup>1</sup>. Sie teilt die gesamte Volkswirtschaft in zehn Abteilungen ein, und zwar:

- 0 Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
- 1 Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau
- 2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)
- 3 Baugewerbe
- 4 Handel

- 5 Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- 6 Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- 7 Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht
- 8 Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte
- 9 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Daneben existieren für bestimmte Wirtschaftssektoren, wie Industrie und Handwerk, noch spezielle Systematiken, die durchweg sehr viel älteren Datums sind. Diese werden aber nach und nach durch die sogenannte Grundsystematik verdrängt oder zumindest mit ihr harmonisiert.

Die Zuordnung der Erhebungseinheiten (Unternehmen, Arbeitsstätten, Erwerbstätige) erfolgt in der Regel nach dem Schwerpunkt der

<sup>1</sup>) herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Verlag: Kohlhammer, Mainz

wirtschaftlichen Tätigkeit. Dabei wird zum Beispiel ein kombinierter Betrieb, der bei entsprechender fachlicher Gliederungstiefe zwei verschiedenen Orten der Systematik zuzurechnen ist, im ganzen nach Maßgabe der Beschäftigtenzahl dem Zweig zugeordnet, der der Tätigkeit des dominierenden Betriebsteils entspricht.

Zum "Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe)" gehören alle Institutionen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Rohstoffe oder Halbfertigwaren zu be- oder verarbeiten mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann auch darin bestehen, Erzeugnisse lediglich zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Auch Unternehmen, die nur Lohnarbeiten ausführen, sind dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen.

Das Verarbeitende Gewerbe umfaßt Industrie- und Handwerksbetriebe sowie eine kleine Restgruppe von Kleingewerbetreibenden. Nach diesen Begriffen wird in der Systematik der Wirtschaftszweige jedoch nicht unterschieden. Die Grenzen zwischen Industrie und Handwerk sind fließend. Das kann im Einzelfall zu unterschiedlichen Auffassungen führen, je nachdem, welche Kriterien zur Beurteilung herangezogen werden und welcher Rang ihnen im einzelnen zuerkannt wird. In der statistischen Praxis wird wie folgt verfahren:

Zur Industrie rechnet jeder produzierende Gewerbebetrieb, der der Industrie- und Handelskammer angehört. Dem Handwerk wird zugeordnet, wer Mitglied der Handwerkskammer und in der Handwerksrolle eingetragen ist. In Grenzfällen, das heißt bei Zugehörigkeit zu beiden Kammern, entscheidet der Anteil nach der zwischen den Kammern vereinbarten Beitragsteilung.

Diese formale Zuordnung stützt sich auf eine größere Anzahl von für die Industrie und das Handwerk charakteristischen Merkmalen, wie:

- Höhe des Kapitaleinsatzes,
- Ausstattung mit Maschinen,
- Arbeitsteilung,
- fachliche Qualifikation der Beschäftigten,
- Serienfertigung – Einzelfertigung.

Daneben können noch andere, auch branchentypische Kriterien von Bedeutung sein.

Das Kleingewerbe wird nur der Vollständigkeit wegen erwähnt; es hat nur eine geringe volkswirtschaftliche Bedeutung. Es handelt sich dabei um Gewerbetreibende, die, ohne Mitglied der Handwerkskammer zu sein, meist als Alleinschaffende haupt- oder nebenberuflich tätig sind, zum Beispiel auf kunstgewerblichem Gebiet.

Industrie und Handwerk  
im Rahmen des Verarbeitenden Gewerbes

"Industrie" und "Handwerk" sind Begriffe des täglichen Sprachgebrauchs. Man findet sie in nahezu jedem Wirtschaftsteil unserer Tageszeitungen. Herkömmlich ist, vereinfachend ausgedrückt, der Terminus "Industriebetrieb" ein Synonym für "Fabrik", und als Handwerksbetrieb gilt dem allgemeinen Sprachgebrauch nach die Werkstatt des selbständigen Handwerksmeisters.

Wer allerdings statistisches Material über die Industrie oder das Handwerk in den Ergebnissen der großen umfassenden Strukturerhebungen sucht, tut dies vergebens. In der Berufszählung wird nämlich ebenso wie in der Arbeitsstättenzählung nach der "Systematik der Wirtschaftszweige" spezifiziert, die nicht nach Industrie und Handwerk unterscheidet. Mancher wird sich sicherlich schon die Frage gestellt haben, weshalb diese alteingeführten Begriffe nicht in die Grundsystematik aufgenommen wurden. Die Antwort lautet, daß eine universelle Wirtschaftszweigsystematik nur auf eindeutig erfaßbaren, objektiven und praktikablen Merkmalen beruhen kann. Der in der Organisationsform und in betriebswirtschaftlichen Kriterien liegende Unterschied zwischen Industrie und Handwerk ist als Grundlage für diese Systematik nicht geeignet. Die Systematik der Wirtschaftszweige trifft ihre Einteilung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes hauptsächlich nach dem verwendeten Material, dem Produktionsverfahren und nach dem Verwendungszweck der hergestellten Ware. Es gibt eine Fülle von Erzeugnissen, die sowohl von der Industrie als auch vom Handwerk produziert werden (zum Beispiel Möbel, Fenster und Türen).

Die monatliche Industrieberichterstattung ist als eines der wichtigsten Instrumente für die kurzfristige Konjunkturbeobachtung angelegt. Daneben kommt ihr als Zahlenlieferant für regionale strukturpolitische Planungsaufgaben eine nicht minder bedeutsame Rolle zu. In dieser Doppelfunktion trägt sie gleichermaßen zur Lösung bundes- wie landesspezifischer Probleme bei. Sie nützt aber auch der Wirtschaft selbst, indem sie ihr Daten für die Marktanalyse zur Verfügung stellt. Der Berichtskreis - es werden Ergebnisse für Betriebe (= örtliche Einheiten) aufbereitet, nicht für Unternehmen - deckt wesentliche Teile der Wirtschaftsabteilung 2 "Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)" der oben erwähnten Systematik der Wirtschaftszweige ab, bezieht aber den Bergbau (Unterabteilung 11) ein, der sich in Schleswig-Holstein auf die Erdöl- und Torfgewinnung beschränkt. Betriebe der Bauindustrie werden dagegen von der Industrieberichterstattung nicht erfaßt.

Um der Gefahr zu begegnen, die darin liegt, daß dem Betrachter der Ergebnisse der Industrie- und Handwerksberichterstattung der gesamtwirtschaftliche Bezug fehlt (das kann zu folgenschweren Fehldeutungen der statistischen Aussagen führen), soll im folgenden versucht werden, für das Merkmal "Beschäftigte" eine additive Verbindung dieser Bereichserhebungen zur Systematik der Wirtschaftszweige, und damit zur Berufszählung sowie zur Arbeitsstättenzählung 1970, herzustellen. Daneben soll diese Untersuchung dem Zweck dienen, Ergebnisse von Erhebungen, die von ihrer Zielsetzung her völlig unterschiedlich konzipiert sind, unter sorgsamer Beachtung der methodischen Unterschiede gegeneinander abzusichern und damit Erkenntnisse über ihre Zuverlässigkeit zu gewinnen.

Die Ergebnisse der letzten Handwerkszählung des Jahres 1968 erfüllen dabei eine wichtige Hilfsfunktion. Erhebungseinheiten dieser Zählung waren - traditionsgemäß - sämtliche in der Handwerksrolle eingetragenen Handwerker ohne Berücksichtigung des Schwerpunkts ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. So kann es nicht verwundern, daß bei Anwendung des für Totalzählungen geltenden Prinzips der Zuordnung nach dem dominierenden Wirtschaftszweig solche Betriebe<sup>2</sup>, in denen die handwerkliche Tätigkeit nicht vorherrscht, Wirtschaftszweigen zugerechnet werden; die weder zum produzierenden noch zum Dienstleistungs-Handwerk gehören. Das betrifft insbesondere Kombinationsformen von Produktion und Handel, zum Beispiel das Elektro-Einzelhandelsgeschäft mit angeschlossener Reparaturwerkstatt.

Da, wie oben schon ausgeführt, wegen der weitgehenden begrifflichen Übereinstimmung die Industriedaten an das Verarbeitende Gewerbe (ohne Baugewerbe) angebunden werden sollen, sind für dieses Vorhaben vom handwerklichen Bereich das Bau- und das Dienstleistungs-Handwerk, wie Friseure und Wäschereien, zu eliminieren.

#### Verknüpfung der Daten verschiedenen Ursprungs

Aus den Ausführungen im vorstehenden Abschnitt ergibt sich unter Beachtung der dort enthaltenen Erläuterungen die Gleichung:

$$\begin{aligned} & \text{Industrie ohne Bergbau} \\ + & \text{Handwerk ohne Bau- und Dienstleistungs-Handwerke} \\ = & \text{Wirtschaftsabteilung 2: Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)} \end{aligned}$$

2) Die Erhebungseinheit ist zwar das Unternehmen. Da handwerkliche Mehrbetriebsunternehmen aber selten sind, werden die Ergebnisse solchen für Betriebe gleichgesetzt

Es gibt eine ganze Skala von Ursachen, die es erschweren, den hier abgesteckten Rahmen mit Zahlen auszufüllen:

- Die Industrieberichterstattung erfaßt monatlich nur die Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten, im September jeden Jahres darüber hinaus auch die sogenannten Kleinbetriebe. Beschäftigte in nicht industriellen Betriebsteilen (zum Beispiel Handel mit Fremderzeugnissen) sind in den Meldungen nicht enthalten. Mit Hilfe der Ergebnisse der jährlichen Unternehmenserhebung und der betrieblichen Meldung über Umsätze in Handelsware läßt sich der Beschäftigtenbestand aber mit ausreichender Sicherheit zur Gesamtzahl aufstocken. Da Heimarbeiter ex definitione nicht zur Betriebsbelegschaft gehören, fehlen auch sie in den Berichten der Betriebe, ebenso wie in Straftat befindliche Personen, die für Industriebetriebe tätig sind.

- Hinsichtlich der Handwerkszählung 1968 stört besonders der zeitliche Abstand zur Berufszählung und zur Arbeitsstättenzählung 1970. Die Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung sind jedoch für den Vergleich ungeeignet,

a) weil sie zur Zeit noch auf einer repräsentativen Fortschreibung der Ergebnisse der Handwerkszählung 1963 (Beschäftigtenstand: 30. 9. 1962) beruhen und gewisse Fortschreibungsfehler nicht auszuschließen sind<sup>3</sup>;

b) weil sie allein auf die wirtschaftssystematische Zuordnung der Betriebe nach der handwerklichen Tätigkeit abstellen, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt unberücksichtigt läßt; dies bedeutet in jedem Fall eine Überhöhung der Ergebnisse, wenn man sie zur Berufszählung/Arbeitsstättenzählung 1970 in Beziehung setzt.

Aus diesen Gründen ist folgender Weg beschritten worden: Die Beschäftigtenzahlen (Stand: 30. 9. 1967) der dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit nach zum Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) gehörenden Handwerksbetriebe wurden - nach Gewerbegruppen differenziert - mittels der Veränderungsdaten der Meßziffern<sup>4</sup> behelfsmäßig auf den Stand am 30. 6. 1970 fortgeschrieben.

- In den Ergebnissen der Berufszählung 1970 sind die erwerbstätigen Personen, die ja im Haushaltsverband gezählt wurden, an ihrem Wohnort nachgewiesen. Die über die Betriebe erhobenen Beschäftigtenzahlen müssen

3) Diese Stichprobenerhebung wird gegenwärtig auf die Handwerkszählung 1968 (neue Basis) umgestellt

4) aufgrund der alten repräsentativen Handwerksberichterstattung

von der Zahl der Erwerbstätigen (Wohnortsprinzip) zwangsläufig abweichen, denn jeder dritte im Verarbeitenden Gewerbe tätige Schleswig-Holsteiner arbeitet außerhalb seines Wohnorts. Auf Landesebene bedeutet dies, daß die Vergleichsrechnung den Pendler-Außensaldo - das ist die Differenz zwischen Aus- und Einpendlern über die Landesgrenzen zu berücksichtigen hat.

Die Berufszählung erfaßt als Individualerhebung jeden Erwerbstätigen nur einmal. Personen, die am Stichtag mehrere Tätigkeiten ausübten, wurden mit ihrem Hauptberuf gezählt. Die Betriebserhebungen zählen demgegenüber - genau genommen - Beschäftigungsfälle, Personen, die in zwei Betrieben tätig sind, also doppelt. Die Zahl solcher Mehrfach-Tätigkeiten ist nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Bereich des Produzierenden Gewerbes zwar gering, ihre Aussagefähigkeit aber auch, weil dieser Sachverhalt nur lückenhaft erfaßt sein dürfte und weil Ergebnisse für selten vorkommende Merkmale in der Stichprobe mit einem großen Zufallsfehler behaftet sind.

Eine gewisse Unsicherheit liegt schließlich darin begründet, daß im Rahmen einer Berufs-

zählung jeder einzelne Erwerbstätige den Wirtschaftszweig des Betriebes, in dem er arbeitet, selbst bestimmen muß. Das führt zu Fehlzuordnungen, vor allem, wenn die Person in einem größeren Betrieb arbeitet, der Abteilungen auf unterschiedlichen wirtschaftlichen Ebenen hat. So ist es zum Beispiel denkbar, daß jemand, der in der Vertriebsabteilung für Erzeugnisse aus eigener Produktion tätig ist, aufgrund seiner Eintragung "Großhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen" dem Großhandel zugeordnet wird und damit der Elektrotechnik, der er nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des gesamten Betriebes in Wirklichkeit zugehört, verlorengeht.

Die Übereinstimmung zwischen den Ergebnissen der Bereichszählungen für Industrie und Handwerk einerseits und dem der umfassenden Berufszählung andererseits ist, wenn man die aufgezeigten erhebungsmethodischen Unterschiede berücksichtigt, durchaus zufriedenstellend. Die zugunsten der Bereichszählungen ausgewiesene Differenz von rund 3 000 Beschäftigten (+ 1%) findet - zumindest teilweise - ihre Erklärung in der Tatsache, daß zur Industrierichterstattung

Das Verarbeitende Gewerbe (ohne Baugewerbe) im Spiegel verschiedener Statistiken

Wirtschaftssektor	Stand der Ursprungszahlen	Originaldaten der jeweiligen Erhebung	Beschäftigte		
			Wirtschaftsabteilung 2: Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) Stand: Mai 1970		
			ohne Heim- arbeiter	Heim- arbeiter	einschließlich Heim- arbeiter
<b>INDUSTRIE (Ergebnisse der laufenden Berichterstattung)</b>					
industrielle Betriebsteile					
Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten minus Bergbau	30. 5. 70	190 295 389	189 906		
Kleinbetriebe minus Bergbau	30. 9. 70	4 904 35	4 869		
nichtindustrielle Betriebsteile (Schätzung)			4 000		
<b>Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)</b>			<b>198 775</b>	<b>3 111<sup>a</sup></b>	<b>201 886</b>
<b>+ HANDWERK (Ergebnisse der Handwerkszählung 1968)</b>					
insgesamt	30. 9. 67	159 744			
minus Bau-, Dienstleistungs- u. a. nicht verarbeitendes Handwerk		93 226			
<b>Verarbeitendes Handwerk (ohne Bauhandwerk)</b>		<b>66 518</b>	<b>60 847<sup>b</sup></b>	-	<b>60 847</b>
<b>= VERARBEITENDES GEWERBE (ohne Baugewerbe)</b>					
dagegen					
Ergebnis der Volks- und Berufszählung 1970: Erwerbstätige am Arbeitsort	27. 5. 70				259 377
Ergebnis der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung 1970:	27. 5. 70		265 138	3 111	268 249

1) für den gesamten Erhebungsbereich

a) lt. nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstättenzählung 1970

b) fortgeschrieben nach der Beschäftigtenentwicklung aufgrund der repräsentativen Handwerksberichterstattung auf den Stand vom 30. 6. 1970

auch industrielle Betriebsteile nichtindustrieller Betriebe melden. Die um sie bereinigte Zahl könnte ebenfalls bei etwa 260 000 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe liegen.

Vergleicht man diese Zahl dagegen mit dem Ergebnis der Arbeitsstättenzählung, so ist die Übereinstimmung weniger gut: Letztere weist nämlich für die gleiche systematische Einheit 268 000 Beschäftigte nach, das entspricht einer Abweichung von + 3%.

Welche der drei Zahlen letztlich die "richtige" ist, läßt sich ohne eingehende Analyse nicht bestimmen. Für die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung sprechen jedoch mehrere gewichtige Gesichtspunkte:

- Die größere Zahl als solche hat die Vermutung des richtigeren Ergebnisses für sich, da Doppelzählungen in der Größenordnung der Abweichung (etwa 6 000 Beschäftigte) unwahrscheinlich sind, mangelhafte Erfassung dagegen nie auszuschließen ist.

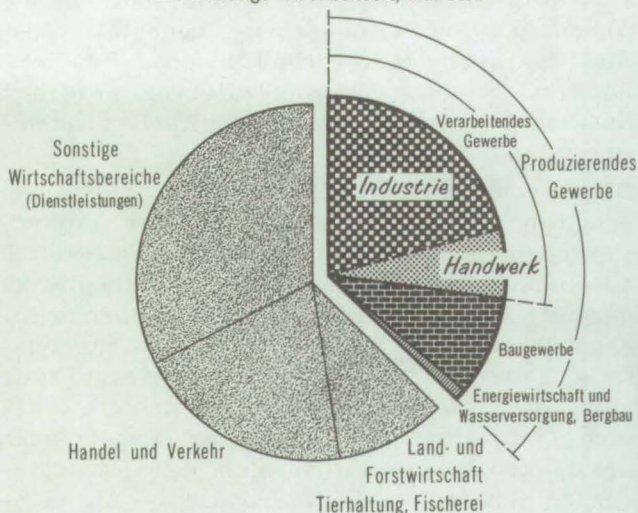
- Der Einsatz von Zählern und nachfolgende Kontrollen bieten die größere Gewähr für eine vollzählige Erfassung der Erhebungseinheiten, als Bereichszählungen es vermögen. Andererseits wirkt die Existenz einer Kategorie warenproduzierender Betriebe, die weder der Industrie noch dem Handwerk zuzurechnen sind, sondern die Bezeichnung "Kleingewerbe" führen (z. B. Kunstgewerbe), in Richtung einer Untererfassung durch die laufenden Bereichserhebungen.

- Die wirtschaftssystematische Zuordnung im Wege der Betriebsbefragung besitzt einen höheren Grad an Zuverlässigkeit, als er durch Befragung jedes einzelnen Erwerbstätigen (Berufszählung) erreichbar ist; schließlich ist es von Vorteil, daß durch die Einordnung des Betriebes automatisch über die Zugehörigkeit aller Beschäftigten einheitlich entschieden wird.

Das folgende Bild veranschaulicht den Anteil der in den Industrie- und Handwerksbetrieben des Landes Beschäftigten an der Gesamtzahl der im "Verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe)" Tätigen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang.

Mehr als drei Viertel (genau 77%) der im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins tätigen Personen arbeiten in Industriebetrieben, nur knapp ein Viertel in handwerklich strukturierten Betrieben. Jeder fünfte der im Lande Erwerbstätigen ist demnach in einem Industriebetrieb beschäftigt, in der Landwirtschaft vergleichsweise nur jeder zehnte.

## Industrie und Handwerk im Rahmen der Wirtschaftsbereiche Erwerbstätige am Arbeitsort, Mai 1970



### Rückblick und Vorschau

Die beiden über Jahrzehnte hinweg unkoordiniert nebeneinander geführten Konjunkturstatistiken dienten in der Vergangenheit unterschiedlichen Zielsetzungen. Bis Ende des zweiten Weltkrieges war es der Hauptzweck der Industrieberichterstattung, Unterlagen für wehrwirtschaftliche Planungen zu liefern; danach diente sie zunächst Bewirtschaftungsmaßnahmen. Demgegenüber geht die kurzfristige Beobachtung der Entwicklung des Handwerks vorzugsweise auf Bestrebungen zurück, Entscheidungshilfen für die Mittelstandspolitik an die Hand zu bekommen<sup>5</sup>. Die Zweigleisigkeit des Berichtswesens machte es bisher unmöglich, kurzfristig ein einheitliches statistisches Bild vom Verarbeitenden Gewerbe zu zeichnen. Die Anforderungen, die an ein modernes Berichtssystem zu stellen sind, können also mit dem vorhandenen Instrumentarium nur schwer erfüllt werden.

Seit vielen Jahren sind Bestrebungen im Gange, diesen Teil der Wirtschaftsstatistiken neu zu ordnen, insbesondere das Handwerk in die kurzfristige monatliche Berichterstattung einzubeziehen. Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat im vergangenen Jahr entsprechende Forderungen als Richtlinie<sup>6</sup> an die nationalen Regierungen gestellt. Diese haben in der Bundesrepublik Deutschland als Gesetzentwurf erste Gestalt angenommen, die längst fällige Durchführung steht aber

5) siehe hierzu: Statistisches Bundesamt "Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972", Seite 47/48, 64 ff., Verlag W. Kohlhammer (Bestellnummer: 120 600 - 72)

6) Richtlinie des Rates vom 30. 5. 1972 zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken in der Industrie und im warenproduzierenden Handwerk

noch aus. Die Pläne zur "Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken im Warenproduzierenden Gewerbe" sehen einerseits durch Heraufsetzen der sogenannten Abschneidegrenze auf Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten eine Entlastung der kleineren Betriebe vor, auf der anderen Seite zielen sie darauf ab, die gesamte gütererzeugende Wirtschaft nach einem Konzept aus einem Guß zu erfassen.

Es bleibt zu hoffen, daß das geplante Vorhaben trotz widriger Umstände im Interesse einer besseren statistischen Durchleuchtung des Verarbeitenden Gewerbes nicht mehr allzu

lange auf sich warten läßt. Dieser Wirtschaftszweig trägt in Schleswig-Holstein, dem mit Abstand industrieärmsten Land der Bundesrepublik, immerhin fast ein Drittel zum Bruttoinlandsprodukt bei, das Fünffache des landwirtschaftlichen Anteils. Zunehmende wirtschaftspolitische Verflechtungen und Abhängigkeiten der Länder der Europäischen Gemeinschaften sowie der Zwang zum gemeinsamen politischen Handeln setzen schließlich Statistiken voraus, die auf einheitlichen Verfahren und einheitlicher Terminologie beruhen.

Hermann Egge

## Maschineneinsatz durch landwirtschaftliche Lohnunternehmer 1971

### Allgemeines

Die geänderte Struktur der Landwirtschaft erforderte eine Ergänzung des Hauptwerkes der Landwirtschaftszählung 1971 durch Sondererhebungen. Eine dieser Sondererhebungen befaßte sich mit dem Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung. Sie fand im Frühjahr 1972 statt. Befragt wurden alle Unternehmen, die gewerbsmäßig bestimmte landwirtschaftliche Maschinen einsetzten. Diese Erhebung wurde in dem Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft angeordnet. In der Begründung zum Gesetz heißt es unter anderem: "Da der gewerbsmäßige Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen durch Unternehmer in der Landwirtschaft als wichtige Form der überbetrieblichen Maschinenverwendung in den letzten Jahren stark angewachsen ist, ist erstmalig beabsichtigt, im Januar 1972 bei den Unternehmen, die gewerbsmäßig landwirtschaftliche Maschinen einsetzten, den Maschinenbestand, dessen Einsatz in den landwirtschaftlichen Betrieben zu erheben". Damit wird man auch hier der Bedeutung der Lohnunternehmer gerecht; sie steigt mit den Kosten der Produktionsmittel, denn eine höhere Mechanisierungsstufe ist nur dann kostengünstig einzusetzen, wenn ihr eine entsprechend große Einsatzfläche zur Verfügung steht. Die Landwirtschaft bemüht sich, die größere Fläche unter anderem auch im Rahmen eines überbetrieblichen Maschineneinsatzes zu erreichen. So werden von den landwirtschaftlichen Betrieben neben eigenen Maschinen auch Maschinen in Nachbarschaftshilfe, von Maschinenringen oder -gemeinschaften und zunehmend auch von landwirt-

schaftlichen Lohnunternehmen eingesetzt. Eine zahlenmäßige Relation der einzelnen Gruppen kann erst gegeben werden, wenn die Ergebnisse der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung 1971 vorliegen. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß die Bedeutung der Lohnunternehmer seit 1949 ständig gestiegen ist.

### Einführung in die Erhebung

Auskunftspflichtig zur Erhebung über den Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung waren die Inhaber und Leiter der Unternehmen, die gewerbsmäßig landwirtschaftliche Maschinen einsetzten.

Erhoben wurden Merkmale zur Kennzeichnung des Unternehmens sowie die verwendeten Landmaschinen und deren Einsatz in landwirtschaftlichen Betrieben.

Zur Kennzeichnung des Unternehmens wurde nach dem betriebenen Haupt- oder Nebengewerbe gefragt. Unternehmer, die neben dem Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung noch ein weiteres Gewerbe betrieben, mußten selbst den wirtschaftlichen Schwerpunkt der einzelnen Gewerbearten beurteilen und somit die Haupt- oder Nebentätigkeit des Unternehmens kennzeichnen.

Die Frage nach dem Maschinenbestand beschränkte sich auf die im Jahre 1971 eingesetzten Schlepper, Saat-, Pflege- und Erntemaschinen. Im einzelnen wurden für die vorhandenen Schlepper die Größenklassen nach DIN PS erfragt und ob ein Anbaulader vorhanden war. Bei den übrigen Maschinen wurde neben dem Bestand auch die im

Jahre 1971 bearbeitete Fläche erfragt, und zwar für

Einzelkornsämaschinen  
vollautomatische Kartoffellegemaschinen  
Mähdrescher  
Körnermaiserntemaschinen  
Feldhäcksler  
Feldpressen  
Kartoffelsammelroder  
Zuckerrübensammelköpfröder  
Spritz- und Sprühgeräte  
Maschinen und Geräte  
zur Mineral- und Kalkdüngung.

Nicht erfragt wurden dagegen zum Beispiel Pflüge, Grabenreinigungsgeräte, Vorratsroder, Dreschmaschinen, Grasmäher, Stallungstreuer usw., teilweise also Maschinen und Geräte geringerer Mechanisierungsstufe, die ebenfalls von einer großen Zahl der Unternehmer eingesetzt werden. Soweit sie nur solche Maschinen einsetzten - und das war in Schleswig-Holstein in etwa 150 Unternehmen der Fall - sind die Unternehmen nicht in die Erhebung einbezogen worden. Die Erhebung beschränkt sich damit auf Unternehmen, die Maschinen der höheren Mechanisierungsstufe einsetzen, mit denen Arbeiten erledigt werden, die bisher weitgehend von den landwirtschaftlichen Betrieben mit einfacheren Maschinen selbst verrichtet wurden. 587 landwirtschaftliche Lohnunternehmer wurden in die Erhebung einbezogen, weil sie mindestens eine der erfragten Maschinen einsetzten.

### Die wichtigsten Ergebnisse

Die Ergebnisse der Erhebung über den Bestand und Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen

Landwirtschaftliche Lohnunternehmen  
und deren eingesetzte Maschinen

Mit dem landwirtschaftlichen Lohnunternehmen kombinierte Tätigkeit	Unternehmen mit Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung als			
	Haupttätigkeit		Nebentätigkeit	
	Unter- nehmen	Maschinen	Unter- nehmen	Maschinen
	Anzahl			
keine	175	1 608		
landwirtschaftlicher Betrieb	127	859	51	161
Landmaschinenhandel und/oder Reparatur	12	126	24	114
Landhandel <sup>1)</sup>	8	90	81	435
Sonstige	40	305	69	265
<b>Zusammen</b>	<b>362</b>	<b>2 988</b>	<b>225</b>	<b>975</b>

1) privater und genossenschaftlicher Landhandel

gegen Entlohnung werden in der Gliederung nach hauptberuflichen oder nebenberuflichen Lohnunternehmen dargestellt.

Von den 587 Lohnunternehmern betreiben 362 den Einsatz der Lohnmaschinen hauptberuflich und 225 nebenberuflich. Unter den hauptberuflichen Lohnunternehmern befinden sich 127, das sind 35%, die nebenbei ihre eigene Landwirtschaft betreiben. Andererseits gibt es 51 Unternehmer, die in erster Linie Landwirt und erst in zweiter Linie Lohnunternehmer sind. Die 587 Lohnunternehmen setzten 3 963 Maschinen der erfragten Arten ein. Davon gehören 41% der Maschinen zum Bestand solcher hauptberuflicher Lohnunternehmer, die kein weiteres Gewerbe betreiben. 22% der Maschinen gehören zum Bestand der hauptberuflichen Lohnunternehmer, die nebenbei einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb führen. Unter den Unternehmen, die landwirtschaftliche Maschinen in Nebentätigkeit einsetzten, tritt besonders der Landhandel mit 11% aller eingesetzten Maschinen hervor.

Der Einsatz der einzelnen Maschinenarten und die damit bearbeitete Fläche wird in der folgenden Übersicht dargestellt. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in den bearbeiteten Flächen zwischen den Unternehmen, die den Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen als Haupttätigkeit, und denen, die den Einsatz als Nebentätigkeit betreiben.

Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins bewirtschafteten 1971 1,122 Mill. ha LF, davon entfielen rund 650 000 ha auf Ackerland. Abgesehen von den Mineräldüngerstreuern kann man davon ausgehen, daß die hier erfaßten Maschinen der Lohnunternehmen nur auf dem Ackerland eingesetzt werden. Selbst wenn dieses unter schleswig-holsteinischen Verhältnissen durchschnittlich mindestens 10mal im Jahr zur Bearbeitung überfahren werden muß, bleibt die Gesamtleistung der Lohnunternehmer mit fast 600 000 ha bearbeiteter Fläche eine beachtliche Größe, zumal der Einsatz auf einige wichtige Tätigkeiten konzentriert ist. Von der Gesamtleistung wurden rund 60% durch hauptberufliche und 40% durch nebenberufliche Lohnunternehmer erbracht. Gut die Hälfte der gesamten Flächenleistung entfiel auf den Einsatz von Spritz- und Sprühgeräten. Er wird besonders häufig als Nebentätigkeit von Landhandelsunternehmen betrieben. 100 000 ha wurden von den Lohnunternehmen mit Mineräldünger oder Kalk bestreut, auch hieran war der Landhandel stark beteiligt. Ein weiterer Einsatzschwerpunkt ist der Mähdrusch. Mit etwas mehr als 800 Mähdreschern wurden 1971 89 000 ha abgeerntet, das sind 18% der 485 000 ha großen Gesamtfläche aller Mähdruschfrüchte. Noch höhere



Zahl der Unternehmen mit ihren eingesetzten Maschinen und der damit bearbeiteten Fläche

Maschine	Unternehmen mit Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung als					
	Haupttätigkeit			Nebentätigkeit		
	Unternehmen	eingesetzte Maschinen	bearbeitete Fläche	Unternehmen	eingesetzte Maschinen	bearbeitete Fläche
	Anzahl		ha	Anzahl		ha
<b>Insgesamt</b>	<b>362</b>	<b>2 988</b>	<b>358 461</b>	<b>225</b>	<b>975</b>	<b>222 032</b>
darunter						
Einzelkornsämaschine	102	189	14 238	39	62	4 622
vollautomatische Kartoffellegemaschine	10	13	415	4	8	357
Mähdrescher	264	699	78 526	66	112	10 175
Feldhäcksler	91	139	6 993	8	8	262
Feldpressen	203	306	43 929	46	60	7 095
Kartoffelsammelroder	29	55	1 868	4	5	211
Zuckerrübensammelköpfröder	66	104	4 580	15	18	700
Spritz- und Sprühgeräte	136	243	155 380	134	250	153 347
Maschinen und Geräte zur Mineral- und Kalkdüngung	76	140	52 436	58	101	45 263

Anteile ergeben sich bei einigen weniger verbreiteten Früchten. So wurden rund 19 000 ha mit Einzelkornsämaschinen der Lohnunternehmer bestellt, das sind 42% der Mais-, Zucker- und Runkelrübenfläche. Von den 15 000 ha Zuckerrüben ernteten die Lohnunternehmer fast 5 300 ha, also mehr als ein Drittel, mit Zuckerrübensammelköpfrödem ab.

Beachtenswert ist die Flächenleistung je Maschine und Gerät. Bei starken Schwankungen innerhalb der Kreise ergibt sich bei den einzelnen Maschinen folgende durchschnittliche Flächenleistung:

Einzelkornsämaschine	75 ha
Vollautomatische Kartoffellegemaschine	37 ha
Mähdrescher	109 ha
Feldhäcksler	49 ha
Feldpressen	139 ha
Kartoffelsammelroder	35 ha
Zuckerrübensammelköpfröder	43 ha
Spritz- und Sprühgeräte	626 ha
Maschinen und Geräte zur Mineral- und Kalkdüngung	405 ha

Von den 587 Lohnunternehmen hatten 460 Unternehmen insgesamt 1 273 Vierrad- und Kettenschlepper eingesetzt, die übrigen Unternehmen haben im Zeitraum der Erfassung keine Schlepper verwendet.

Von den eingesetzten Schleppern sind 75% in den hauptberuflichen und 25% in den nebenberuflichen Unternehmen zu finden. Auf ein hauptberufliches Lohnunternehmen kommen durchschnittlich 3,1 Schlepper, während ein nebenberufliches Lohnunternehmen im Schnitt

Von Lohnunternehmen eingesetzte Vierrad- und Kettenschlepper

Vierrad- und Kettenschlepper mit ... PS	Unternehmen mit Einsatz von landwirtschaftlichen Schleppern gegen Entlohnung als			
	Haupttätigkeit		Nebentätigkeit	
	Unternehmen	Schlepper	Unternehmen	Schlepper
	Anzahl			
bis 24	27	32	11	12
25 - 34	129	188	82	111
35 - 50	194	311	75	105
51 - 74	171	288	45	62
75 und mehr	82	132	24	32
<b>Insgesamt</b>	<b>310</b>	<b>951</b>	<b>150</b>	<b>322</b>

2,1 Schlepper einsetzt. Die hauptberuflichen Lohnunternehmen brachten größtenteils Schlepper von 35 bis 74 PS zum Einsatz, dagegen die nebenberuflichen Lohnunternehmen Schlepper mit 25 bis 50 PS. 143 Unternehmen haben im Jahre 1971 insgesamt 176 Anbaulader (Front- und Hecklader) an Schleppern eingesetzt.

Schätzung des Rohertrages und des Arbeitskräfteaufwands der Lohnunternehmer

Um die Bedeutung der Lohnunternehmen nicht nur nach herkömmlicher Weise, nämlich über den Einsatz ihrer Maschinen beurteilen zu können, wurde in Schleswig-Holstein der Rohertrag und der Arbeitskräfte(AK)-Aufwand der Unternehmen geschätzt. Der geschätzte Rohertrag gibt ein Maß für eine Größenklassengliederung der Betriebe. Die AK-Werte

interessieren im Zusammenhang mit der Arbeitskräfteentwicklung innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Schätzung erfolgte an Hand von Normdaten. Solche Normdaten können den Verhältnissen von Einzelbetrieben nur in seltenen Fällen gerecht werden. Bei der Auswertung statistischer Massen können mit ihrer Hilfe jedoch wertvolle Erkenntnisse vermittelt werden.

#### Methode

Aus der Erhebung geht die von jeder Maschine bearbeitete Fläche hervor. Der Einsatz der Schlepper wurde berücksichtigt, wenn für ein Gerät eine Zugmaschine benötigt wurde.

Geschätzt wurden in enger Anlehnung an das KTBL-Taschenbuch<sup>1</sup>, 6. Auflage 1971, zunächst das Arbeitsverfahren und die dafür notwendige Stundenleistung. Der Stundenbedarf bildete dann die Grundlage für die Rothertragsberechnung (der Preis für die Leistung entstammt der Preisliste der Lohnunternehmer und wurde ohne Mehrwertsteuer veranschlagt).

Die im Fragebogen aufgeführten Maschinen kommen in der Praxis mit sehr unterschiedlichen Leistungen vor, das macht die Festlegung auf ein Arbeitsverfahren und auf eine Leistungsnorm schwer. Für Lohnunternehmer kann angenommen werden, daß hauptsächlich Maschinen mit größeren Kapazitäten und geübte Fachkräfte zur Bedienung der Geräte eingesetzt werden. Der hierzu veranschlagte Arbeitszeitbedarf (AKh) für einzelne Verfahren berücksichtigt auch die Wege und Rüstzeiten.

Für die Schätzung des Arbeitskräfteaufwands eines Unternehmens wurden zunächst die im Fragebogen angegebenen bearbeiteten Flächen mit den passenden Normzahlen (AKh/ha) multipliziert. Die Produkte wurden dann zu einer Gesamtarbeitsstundenzahl für das Unternehmen addiert. Diese Zahl der theoretisch insgesamt aufgewendeten Arbeitsstunden wurde durch 1 500 (Stunden) geteilt. Das ist die Stundenzahl, die von einer Person während der in Schleswig-Holstein etwa zur Verfügung stehenden Feldarbeitsperiode von 150 Tagen bei einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden maximal geleistet werden kann. Das Ergebnis sind Arbeitskräfteeinheiten, deren jede etwa einer während der Feldarbeitsperiode vollbeschäftigten Person entspricht.

Der Rothertrag eines Unternehmens wurde ebenfalls über den nachgewiesenen Einsatz

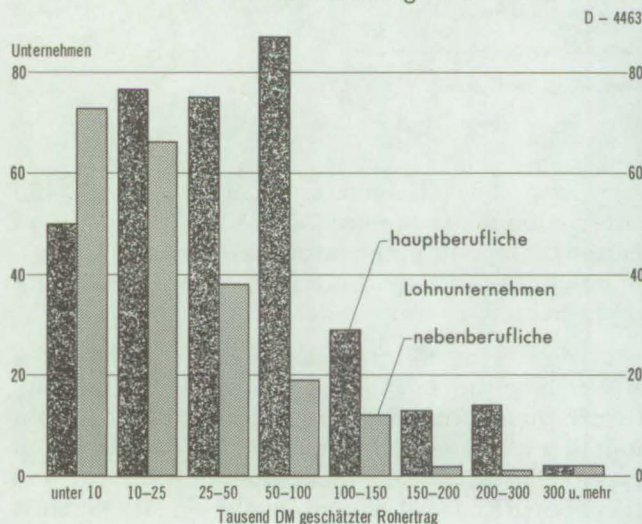
der einzelnen Maschinen geschätzt. Der Ertrag aus dem Einsatz einer Maschine wurde berechnet durch Multiplikation des geschätzten Arbeitszeitbedarfs mit den Stundenpreisen der Lohnunternehmer für den Einsatz eines bestimmten Gerätes. Diese geschätzten Rotherträge der einzelnen Maschinen wurden addiert und ergeben den Rothertrag des Unternehmens. Letztlich hängt die Höhe des geschätzten Rothertrages eines Unternehmens von der Art der eingesetzten Maschinen und deren Einsatzfläche ab.

#### Ergebnis

27 befragte Lohnunternehmen konnten wegen zu geringen Maschineneinsatzes nicht in die Schätzung einbezogen werden. Die Schätzung ergab, daß die verbleibenden 560 Lohnunternehmer für die Bedienung der erfragten Maschinen und Geräte rund 330 Arbeitskräfteeinheiten (bei 1 500 Stunden) eingesetzt hatten und damit einen Rothertrag von etwa 27 Mill. DM erzielten.

Die Verteilung der Unternehmen auf die einzelnen Rothertragsgrößenklassen in der Grafik zeigt, daß ein großer Teil der nebenberuflichen Lohnunternehmen in den unteren Größenklassen steht. Demgegenüber verteilen sich die hauptberuflichen Unternehmen auf die mittleren und oberen Rothertragsgrößenklassen. Dabei zeigt sich aber, daß es einzelne nebenberufliche Lohnunternehmen gibt, deren Rothertrag den größeren hauptberuflichen Unternehmen nicht nachsteht. Das sind größtenteils Landhandelsfirmen, die ausschließlich Spritz- und Sprühgeräte und Düngerstreuer mit großer Arbeitsbreite einsetzen.

Die landwirtschaftlichen Lohnunternehmen nach ihrem Rothertrag 1971



1) Taschenbuch für Arbeits- und Betriebswirtschaft des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft

Bei der Beurteilung der Schätzergebnisse muß berücksichtigt werden, daß ein Teil der Lohnarbeiten nicht erfragt wurde. Nach Schätzungen des Lohnunternehmerverbandes entfallen darauf etwa 35% des Gesamtrohertrages, der in die Erhebung einbezogenen Betriebe. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß sich die AK-Einheiten nur auf den Zeitraum des Feldarbeitseinsatzes in Schleswig-Holstein beziehen.

Landwirtschaftliche Lohnunternehmen nach Größenklassen des geschätzten Rohertrages

Rohrertrag je Unternehmen in 1 000 DM	Unternehmen	Geschätzte Arbeitskräfteeinheiten	Geschätzter Rohrertrag in 1 000 DM
hauptberufliche Lohnunternehmen			
unter 20	105	12,9	1 114
20 - 50	97	32,9	3 376
50 - 100	87	66,8	6 168
100 - 150	29	41,3	3 577
150 und mehr	29	78,7	6 191
<b>Zusammen</b>	<b>347</b>	<b>232,6</b>	<b>20 426</b>
nebenberufliche Lohnunternehmen			
unter 20	126	15,3	1 137
20 - 50	51	21,6	1 657
50 - 100	19	18,4	1 311
100 - 150	12	21,1	1 466
150 und mehr	5	17,3	1 303
<b>Zusammen</b>	<b>213</b>	<b>93,7</b>	<b>6 874</b>
alle Lohnunternehmen			
unter 20	231	28,2	2 251
20 - 50	148	54,5	5 034
50 - 100	106	85,3	7 479
100 - 150	41	62,4	5 042
150 und mehr	34	96,0	7 494
<b>Insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>560</b>	<b>326,3</b>	<b>27 300</b>

1) ohne 27 Betriebe, die nicht klassifiziert werden konnten

Der sich aus den erfragten Maschinenleistungen ergebende Rohrertrag der Lohnunternehmer betrug rund 27 Mill. DM. Davon entfielen drei Viertel auf die hauptberuflichen und ein Viertel auf die nebenberuflichen Unternehmen. In 41% aller Unternehmen lag der Rohrertrag unter 20 000 DM, ihr Anteil am Gesamtrohertrag brachte nur 8%. Andererseits wurde über ein Viertel des hier geschätzten Rohertrages in nur 6% aller Unternehmen erzielt, nämlich in denen mit 150 000 DM und mehr Rohrertrag je Betrieb. 53% der erfaßten Unternehmen liegen zwischen den beiden extremen Rohertragsgrößenklassen. Die Schätzung der Arbeitskräfteeinheiten war methodisch eng mit der Schätzung des Rohertrages verknüpft. Die Verteilung auf die einzelnen Gruppen entspricht weitgehend der Verteilung des Rohertrages.

Einen Überblick über die Unternehmen nach der Zahl der eingesetzten Arbeitskräfteeinheiten gewährt die folgende Tabelle:

Landwirtschaftliche Lohnunternehmen nach Größenklassen der geschätzten Arbeitskräfteeinheiten

Arbeitskräfteeinheiten je Unternehmen	Unternehmen	Geschätzte Arbeitskräfteeinheiten	Geschätzter Rohrertrag in 1 000 DM
hauptberufliche Lohnunternehmen			
unter 1	274	93,2	9 604
1 - 2	49	69,1	5 473
2 - 3	15	37,3	2 979
3 und mehr	9	32,9	2 370
<b>Zusammen</b>	<b>347</b>	<b>232,6</b>	<b>20 426</b>
nebenberufliche Lohnunternehmen			
unter 1	191	47,6	3 743
1 - 2	13	20,1	1 306
2 - 3	7	16,5	1 221
3 und mehr	2	9,6	605
<b>Zusammen</b>	<b>213</b>	<b>93,7</b>	<b>6 874</b>
alle Lohnunternehmen			
unter 1	465	140,8	13 347
1 - 2	62	89,2	6 779
2 - 3	22	53,9	4 200
3 und mehr	11	42,5	2 975
<b>Insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>560</b>	<b>326,3</b>	<b>27 300</b>

1) ohne 27 Betriebe, die nicht klassifiziert werden konnten

Die meisten Unternehmen haben weniger als eine Arbeitskräfteeinheit eingesetzt. Das ist besonders bei den nebenberuflichen Unternehmen der Fall, von denen 90% gegenüber 79% der hauptberuflichen Unternehmen in dieser Klasse vertreten sind. Ein hauptberufliches Lohnunternehmen setzt in der Zeit der verfügbaren Feldarbeitstage für die erfragten Arbeiten im Durchschnitt 0,7 Arbeitskräfteeinheiten ein; dagegen setzt im gleichen Zeitraum ein nebenberufliches Unternehmen 0,4 AK-Einheiten ein.

Ein Vergleich der geschätzten Roherträge zwischen Lohnunternehmen mit verschiedenen kombinierten Tätigkeiten weist deutlich auf günstige Kombinationen hin.

Der geschätzte Rohrertrag je Betrieb ist aus der Lohnfähigkeit eines Unternehmens in der Kombination mit jedem anderen Gewerbe höher als im Verbund mit einem landwirtschaftlichen Betrieb. Das liegt vor allem daran, daß, wie an anderer Stelle schon erwähnt, Landhandel und Landmaschinenhandel vornehmlich Großgeräte einsetzen, so zum Beispiel fast 40% der erfaßten Spritz- und Sprühgeräte, 40% der Maschinen und Geräte zur Mineral- und Kalkdüngung und 20% der Einzelkornsämaschinen. Alle übrigen erfragten Maschinen sind

## Rohrerträge der landwirtschaftlichen Lohnunternehmen nach der Unternehmenskombination

Mit dem landwirtschaftlichen Lohnunternehmen kombinierte Tätigkeit	Unternehmen mit Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung als					
	Haupttätigkeit			Nebentätigkeit		
	Unternehmen	geschätzter Rohertrag aus dem Lohnunternehmen		Unternehmen	geschätzter Rohertrag aus dem Lohnunternehmen	
		insgesamt	je Unternehmen		insgesamt	je Unternehmen
Anzahl	1 000 DM		Anzahl	1 000 DM		
keine	169	11 540	68	.	.	.
landwirtschaftlicher Betrieb	120	5 126	43	50	757	15
Landmaschinenhandel und/oder Reparatur	12	926	77	23	996	43
Landhandel	8	809	101	81	3 485	43
Sonstige	38	2 026	53	59	1 636	28
<b>Zusammen</b>	<b>347</b>	<b>20 426</b>	<b>59</b>	<b>213</b>	<b>6 874</b>	<b>32</b>

in diesen Unternehmenskombinationen unbedeutend.

Ein Globalvergleich der geschätzten Werte mit Unterlagen des schleswig-holsteinischen Lohnunternehmerverbandes ergab, daß mit dieser Schätzmethode bei geringem Erhebungs-

aufwand eine weitgehende Beurteilung der Struktur der landwirtschaftlichen Lohnunternehmen möglich ist.

Hubertus Nicke

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C/Landwirtschaftszählung 1971 - 3 enthalten

## Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1972

Im Jahre 1972 wurden in Schleswig-Holstein von der öffentlichen Hand Aufträge im Tiefbau in Höhe von 520 Mill. DM vergeben. Damit wurde nahezu das gleiche Ergebnis erzielt wie im Jahr davor, in dem das Auftragsvolumen 523 Mill. DM betrug. Unter Berücksichtigung der nicht unerheblichen Preissteigerungen ist aber real doch entsprechend weniger gebaut worden. In dieser Tiefbaustatistik bleiben Aufträge von Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern und solche mit einem Mindestwert von unter 25 000 DM außer Betracht. Trotzdem gibt sie einen guten Überblick darüber, wie sich der Tiefbau im Zeitablauf entwickelt hat und wie die einzelnen öffentlichen Bauherren durch Einschränkung oder Erhöhung der Vergaben den Wirtschaftsablauf beeinflussen.

Im Bundesgebiet lagen die Auftragswerte 1972 bei einem Gesamtvolumen von 13,5 Mrd. DM um 23% über denen des Vorjahres, wobei die Zunahme im wesentlichen auf eine Steigerung des Auftragsvolumens beim Bund (+ 48%) zurückzuführen ist. Die Länder erhöhten ihr Auftragsvolumen um knapp 12% und die Gemeinden (einschließlich der Gemeindeverbände) um 9%. Dagegen stieg der Wert des Bundes in Schleswig-Holstein nur um 14%, während das Land Schleswig-Holstein seinen

Wert gar um 22% verminderte und auch die Auftragsvergaben der Gemeinden um 7% zurückgingen.

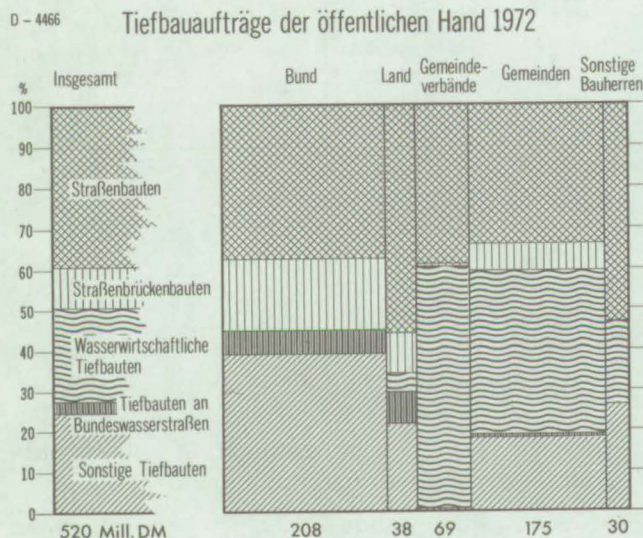
Der größte Bauherr im Jahre 1972 war in Schleswig-Holstein der Bund, der auf ein Auftragsvolumen von 208 Mill. DM kam. Damit verdrängte der Bund wieder die Gemeinden, die für knapp 175 Mill. DM Aufträge vergaben, von ihrer Spitzenposition, die sie 1971 eingenommen hatten. Beide Bauherren zusammen verzeichneten einen Anteil von 74% an den Auftragsvergaben im Tiefbau insgesamt und lagen damit noch um 4 Punkte über dem Anteil des Jahres 1971. Als Bauherr wird diejenige Stelle bezeichnet, die die Baulast trägt, ohne Rücksicht darauf, in wessen Last die Unterhaltung des Bauwerks später einmal übergeht. Andererseits ist mit dem Anteil als Bauherr von Tiefbaumaßnahmen nicht unbedingt etwas gesagt über den Anteil als Geldgeber für Tiefbaumaßnahmen. So ist beispielsweise das Land an der Finanzierung von Tiefbauten der Gemeinden in nicht unerheblichem Umfang durch Zuschüsse beteiligt.

Mehr als die Hälfte (56%) der Auftragssumme des Bundes entfiel auf den Straßenbaubereich mit den Straßenbauten (38%) und den Straßenbrückenbauten (18%). Daneben war der Bund

vor allem noch Bauherr für sonstige Tiefbauten, zu denen in erster Linie die Tiefbauten der Bundesbahn wie Gleisanlagen und Bahnunterführungen, die Tiefbauten der Bundespost zur Verlegung von Fernmeldeleitungen und alle Tiefbauten für Verteidigungszwecke gehören. Auf diese sonstigen Tiefbauten entfiel 1972 ein Anteil von 39% der Auftragssumme des Bundes. Die Bestimmung der Tiefbauart richtet sich nach den technischen Merkmalen und nicht nach der verwaltungsmäßigen Zuständigkeit. So ist zum Beispiel der Bau eines Wirtschaftsweges im Zuge einer wasserwirtschaftlichen Maßnahme ein Straßenbau und kein wasserwirtschaftlicher Tiefbau. Berührt ein Auftrag mehrere Arten von Tiefbauten, werden die auf die einzelnen Gruppen der Arten von Tiefbauten entfallenden Auftragsanteile getrennt erfaßt.

derartigen Vorhaben ist eben neben dem Bau von neuen Straßen auch die Erweiterung und der Neubau von Ortskanalisationen und Kläranlagen einschließlich der Investitionen für die Wasserversorgung erforderlich. Außerdem wurden von den Gemeinden noch Aufträge in nennenswertem Umfang (31 Mill. DM = 18%) für sonstige Tiefbauten vergeben, zu denen vor allem Sportanlagen und Schwimmbäder gehören.

Die Gemeindeverbände vergeben Aufträge überwiegend für wasserwirtschaftliche Tiefbauten; 1972 betrug der Anteil dieser Tiefbauart 59%. Außer dem sind sie fast nur noch Bauherr für Straßenbauten, deren Anteil sich 1972 auf 39% belief. Von der Auftragssumme des Landes entfiel mehr als die Hälfte (56%) auf Straßenbauten. Zusammen mit den Straßenbrückenbauten kommt der gesamte Straßenbaubereich sogar auf einen Anteil von 66% an den Auftragsvergaben des Landes.



Neben dieser Darstellung der Tiefbaumaßnahmen der einzelnen Bauherren bringt eine Gliederung des Gesamtvolumens nach der Tiefbauart weitere Aufschlüsse. Vom gesamten Auftragsvolumen entfielen 1972 auf Straßenbauten 39%, auf sonstige Tiefbauten 25%, auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten 23%, auf Straßenbrückenbauten 10% und auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen 3%. Der Schwerpunkt des öffentlichen Tiefbaus liegt also ganz eindeutig im Straßenbaubereich, denn fast die Hälfte der Mittel gingen in diesen Sektor.

Der größte Auftraggeber für Straßenbauten war im Jahre 1972 der Bund, der für 39% der Auftragssumme als Bauherr zeichnete. Dahinter folgten mit einem Anteil von 30% die Gemeinden. Auch bei den übrigen Tiefbauarten, mit Ausnahme der wasserwirtschaftlichen Tiefbauten, war der Bund der eindeutig dominierende Bauherr. Die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten dagegen wurden fast ausschließlich von den Gemeinden (59%) und den Gemeindeverbänden (34%) vergeben.

Peter Möller

Auch bei den Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern überwiegen die Straßenverkehrsbauten mit einem Anteil von 41%. Nahezu das gleiche Gewicht (40%) haben bei dieser Bauherrengruppe die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten, zu denen das gesamte Abwasserwesen gehört. Diese beiden Tiefbauarten nehmen vor allem durch die in vielen Gemeinden neu angelegten Gewerbegebiete, Wohn- und Siedlungsgebiete und Erholungszentren einen solch großen Raum ein. Bei

Vergleiche auch: "Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1971" in dieser Zeitschrift 1972, S. 240 (November/Dezember)

# Die Entwicklung der Spareinlagen in den Jahren 1970 bis 1972

Der Bestand an Spareinlagen bei den Kreditinstituten hat sich in den drei vergangenen Jahren recht unterschiedlich verändert. Betrachtet man nur den Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen, ohne die Zinsgutschriften zu berücksichtigen, so war die Bewegung im Jahre 1970 in Schleswig-Holstein stark rückläufig; es wurde über ein Drittel weniger gespart als im Vorjahre. Dagegen setzte 1971 eine Aufwärtsentwicklung der privaten Ersparnisse ein, die auch im darauf folgenden Jahre unvermindert anhielt. Im Jahre 1971 erhöhte sich der Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen um 61% gegenüber dem Vorjahre, und für das

Jahr 1972 weisen die Meldungen der Landeszentralbank eine Steigerungsrate um weitere 42% aus. Bezieht man die Zinsgutschriften mit ein, so zeigt sich, daß der Bestand an Spareinlagen in allen drei Jahren jeweils zum Jahresende um mindestens 10% höher war als vor Jahresfrist. Dies gilt auch für das Jahr 1970, in dem der niedrige Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen infolge des hohen Zinsfußes durch die Zinsgutschriften noch übertroffen wurde. Im Monat November 1972 überschritt der Bestand an Spareinlagen die 7-Mrd.-DM-Grenze und erreichte zusammen mit den Zinsen zum Jahresende die Höhe von 7,332 Mrd. DM.

Die Bewegung der Spareinlagen von 1970 bis 1972 in Schleswig-Holstein

	1970		1971		1972	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1969 in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1970 in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1971 in %
Stand am Jahresanfang	5 295	+ 12	5 810	+ 10	6 495	+ 12
Einzahlungen	3 531	+ 21	3 922	+ 11	4 422	+ 13
Auszahlungen	3 303	+ 29	3 555	+ 8	3 906	+ 10
Überschuß der Einzahlungen	228	- 36	367	+ 61	516	+ 40
Zinsgutschriften	287	+ 41	318	+ 11	322	+ 1
Stand am Jahresende	5 810	+ 10	6 495	+ 12	7 332	+ 13
darunter öffentliche Einlagen	349	- 0	338	- 3	355	+ 5

## Geldentwertungsrate übersteigt Habenzinsfuß

Die Entwicklung in den zwei zurückliegenden Jahren ist umso erstaunlicher, als die Geldentwertung - gemessen an den Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte - im Bundesgebiet in letzter Zeit ständig zunahm. Der Preisindex für die Lebenshaltung belief sich im Dezember 1972 bereits auf 141,7 gegenüber 133,1 im Dezember des Vorjahres, wobei die Verhältnissverhältnisse und Preise von 1962 zugrunde gelegt und mit 100 angesetzt worden sind. Dies entspricht einer Geldentwertungsrate von 6,5% innerhalb eines Jahres. Stellt man dem die Verzinsung der Spareinlagen bei Sparkassen, Banken und Kreditgenossenschaften mit durchschnittlich 4% bei gesetzlicher Kündigungsfrist gegenüber, so erkennt man, daß die Verzinsung längst nicht mehr ausreicht, um dem Sparer sein angelegtes Kapital zu erhalten, und von einem Entgelt für den Verzicht auf sofortigen Verbrauch des zur Verfügung gestellten Geldes kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon gar nicht die Rede sein. Es ist offenbar so, daß der Sparer zumindest bis kurz vor Jahresende 1972 in erheblichem Umfange Sparkapital gebildet hat, ohne sich dessen

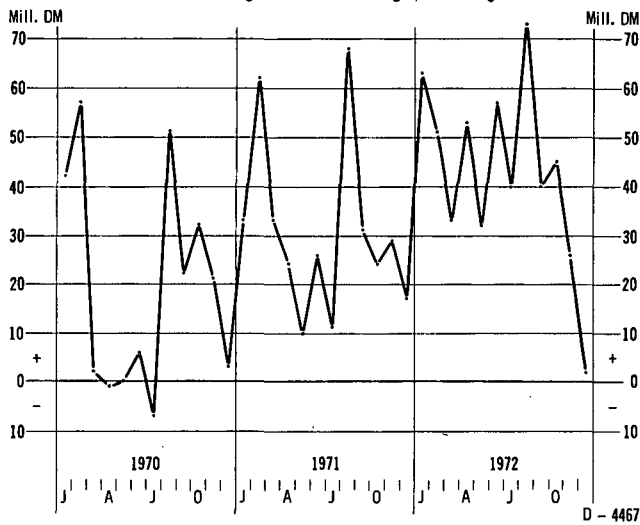
bewußt zu sein, mit welchem nicht unbeträchtlichen Verlust dies für ihn verbunden ist.

Mit der Jahreswende 1972/73 scheint diese Entwicklung zunächst einmal unterbrochen zu sein. Landesergebnisse liegen zwar für Januar 1973 dem Statistischen Landesamt noch nicht vor, aber die Deutsche Bundesbank berichtet über ein auffallend geringes Wachstum der Spareinlagen in diesem Monat<sup>1</sup>. Bereits im Dezember 1972 hatte in Schleswig-Holstein der Saldo aus Gut- und Lastschriften nur + 1,8 Mill. DM betragen; es ist dies der niedrigste monatliche Zuwachs seit fast zweieinhalb Jahren. Wie die weitere Entwicklung verlaufen wird, muß abgewartet werden. Es ist aber durchaus möglich, daß sich bei den Sparern demnächst - nicht zuletzt unter dem Einfluß der spekulativen Dollarzuflüsse auf dem deutschen Devisenmarkt zu Beginn des Jahres 1973, die bekanntlich preistreibend wirken - ein zielbewußteres und überlegteres Verhalten durchsetzt. Bei diesem wäre ein Abnehmen der Sparquote zugunsten des Konsums oder Abnehmens des Geldsparens

1) Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 25. Jahrgang, Nr. 3, März 1973

## Der monatliche Zuwachs an Spareinlagen 1970-1972

Oberschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen, ohne Zinsgutschriften



zugunsten von sachwertgesicherten Anlageformen denkbar.

### Spareinlagen überschreiten die 7-Mrd.-DM-Grenze

Einschließlich der Zinsgutschriften erhöhte sich der Bestand an Spareinlagen im Laufe des Jahres 1970 in Schleswig-Holstein um 515 Mill. DM, im Jahre 1971 um 685 Mill. DM und im Jahre 1972 um 837 Mill. DM. Dies entspricht Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahre in Höhe von 10%, 12% und 13%. Angesichts derartig hoher Zuwachsraten in den vergangenen Jahren bedeutet das Überschreiten der 7-Mrd.-DM-Grenze im Bestand an Spareinlagen im November 1972 nichts Außergewöhnliches mehr. Es ist aber interessant, noch einmal zu verfolgen, wie lange es in der Vergangenheit gedauert hat, bis der Bestand an Spareinlagen jeweils um eine weitere Milliarde gewachsen war. Die Spareinlagen in Schleswig-Holstein überschritten:

- 1 Mrd. DM im September 1958
- 2 Mrd. DM im Dezember 1962
- 3 Mrd. DM im September 1965
- 4 Mrd. DM im Oktober 1967
- 5 Mrd. DM im August 1969
- 6 Mrd. DM im Juni 1971
- 7 Mrd. DM im November 1972.

Die Zahlen zeigen deutlich die erhebliche Zunahme der Sparkapitalbildung bei den Kreditinstituten. Nach der Währungsreform im Jahre 1948 benötigten die Sparer noch über 10 Jahre, bis sie 1 Mrd. DM angespart hatten. Dieser Zeitraum verringerte sich im folgenden mehr und mehr und betrug zuletzt nur noch eineinhalb Jahre. Das Spargeschäft - und mit ihm verbunden das

Kreditgeschäft - hat damit in den letzten 10 Jahren eine Expansion erfahren wie kaum ein anderer Wirtschaftsbereich. Dies beweisen unter anderem auch die ständig steigenden Zahlen der Bankstellen (Zweigniederlassungen) der Kreditinstitute. So erhöhte sich in Schleswig-Holstein die Zahl der Zweigniederlassungen von Kreditbanken und Sparkassen in dem Zeitraum vom 1. 1. 1970 bis zum 31. 12. 1971 von 925 um 63 auf 988<sup>2</sup>.

### Abnehmende Zuwachsraten bei Zinsgutschriften

Zu den gestiegenen Sparleistungen, die nicht zuletzt eine Folge der ständig höheren Nominaleinkommen der privaten Haushalte sind, kommen auch immer größere Zinsgutschriften. Die Gutschriften erreichten im Jahre 1972 mit 322 Mill. DM einen neuen Höchststand. Ihre Bedeutung im Verhältnis zum Bestand an Spareinlagen ist dagegen nach 1970 erheblich zurückgegangen. Dies ist auf den abnehmenden Zinsfuß zurückzuführen. Während in der Hochzinsperiode des Jahres 1970 die Zinsgutschriften den Saldo aus Ein- und Auszahlungen um 59 Mill. DM übertrafen, wandelte sich dieses Verhältnis in den folgenden Jahren wieder, und im Jahre 1972 war der Zinsertrag der Sparer trotz erheblich gestiegenen Bestandes an Einlagen nicht wesentlich höher als 1971. Der bisher seltene Fall von 1970, daß nämlich die Zinsgutschriften eines Jahres den Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen übersteigen, ist neben dem ungewöhnlich hohen Zinsniveau auf die gleichzeitig geringe Spartätigkeit der privaten Haushalte in diesem Zeitraum zurückzuführen. Beide Erscheinungen treten im Jahre 1970 zusammen auf und beweisen wieder einmal, daß hoher Habenzins nicht in jedem Falle ein ausreichender Anreiz für eine steigende Spartätigkeit ist.

Seitdem im Jahre 1967 die staatliche Zinsbindung für Spareinlagen aufgehoben worden ist, schwankt der Habenzinsfuß laufend. Er pendelt sich aufgrund der Konkurrenzverhältnisse zwischen den Kreditinstituten ein und zeigt in jüngster Zeit wieder steigende Tendenz. Mittelbar ist er abhängig vom Diskontsatz der Deutschen Bundesbank. Die breite Masse der schleswig-holsteinischen Institute zahlte im allgemeinen ab Januar 1973 für Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist<sup>3</sup> wieder 4,5% Zinsen. Bei längerer

2) Quelle: Landeszentralbank von Schleswig-Holstein

3) Die Kündigungsfristen für Spareinlagen sind im Kreditwesengesetz vom 10. 7. 1961 (BGBl. I S. 881) festgelegt. Nach § 22 (1) dieser Vorschrift beträgt die gesetzliche Kündigungsfrist 3 Monate. Unabhängig davon können für jedes Sparkonto ohne Kündigung bis zu 2 000 DM innerhalb von 30 Zinstagen sofort zurückgefordert werden

Jahr	Zinsgutschriften in Mill. DM	in % des Spareinlagenbestandes am 30. 6.
1958	36	3,7
1959	38	3,3
1960	.	.
1961	58	3,5
1962	63	3,3
1963	73	3,4
1964	87	3,4
1965	110	3,8
1966	149	4,4
1967	155	4,0
1968	173	4,0
1969	203	4,1
1970	287	5,3
1971	318	5,3
1972	322	4,7

Kündigungsfrist wird von den Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften ein bis zu etwa zwei Drittel höherer Zinsfuß angesetzt.

Darüber, mit welchen Kündigungsfristen die Spargelder im einzelnen Fall angelegt sind, liegen dem Statistischen Landesamt für die Gesamtheit der Kreditinstitute Unterlagen leider nicht vor. Aus dem Jahresbericht des Sparkassen- und Giroverbandes<sup>4</sup> ist aber zu entnehmen, daß der Anteil der längerfristigen und höher verzinslichen Spareinlagen zunimmt. Nach dem Bericht verteilten sich die Einlagen bei den schleswig-holsteinischen Sparkassen zum Jahresende 1971 zu 55,8% auf solche mit gesetzlicher Kündigungsfrist, für weitere 30,6% war eine Kündigungsfrist bis zu vier Jahren vereinbart und der Rest (13,6%) entfiel auf Einlagen mit noch längeren Kündigungsfristen.

In der Tabelle sind die jährlichen Zinsgutschriften aller heimischen Kreditinstitute auf Spareinlagen seit 1958 berücksichtigt. Außerdem ist ihr Anteil am gesamten Spareinlagenbestand (Ende Juni) in Prozent ausgewiesen. Die Prozentzahlen geben einen Durchschnittszinssatz an, der sich auf die Verzinsung aller Einlagen ohne Rücksicht auf die Kündigungsfrist bezieht. Die Zeitreihe zeigt, daß der Zinssatz bis zum Jahre 1965 ziemlich konstant zwischen 3,3% und 3,8% betrug. Erst nach diesem Zeitpunkt gerät das Zinsgefüge in Bewegung. Hauptsächlich unter dem Einfluß des weltweiten Zinsauftriebs schnell in den Jahren 1970 und 1971 der Zinssatz auf 5,3% herauf, geht aber danach wieder zurück. In den dargestellten Zinssätzen sind auch Einflüsse aus einer Veränderung der Fristigkeiten des angelegten Sparkapitals enthalten. Dieser Einfluß dürfte jedoch nur geringfügig sein und das Gesamtbild vom Ergebnis her nicht wesentlich beeinträchtigen.

4) Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein, Jahresbericht 1971, S. 30

## 11,2% der Spareinlagen prämienebegünstigt

Die Entwicklung der Spareinlagen wurde in nicht geringem Maße durch die Vergünstigungen gefördert, die im Sparprämiengesetz<sup>5</sup> festgelegt sind. Danach können Personen auf ihre eingezahlten Sparbeiträge eine Prämie erhalten. Die Prämie beträgt je nach Kinderzahl 20 bis 30% der Sparbeiträge, unter bestimmten Voraussetzungen wird auch noch eine Zusatzprämie gezahlt, die 40% der Grundprämie ausmacht. Die Sparprämie wird nur bis zu einem bestimmten Höchstbetrag gewährt; außerdem wird sie nicht gezahlt, wenn der Sparer im gleichen Kalenderjahr eine Wohnungsbauprämie erhalten oder für Bausparkassenbeiträge einen Sonderausgabenabzug bei der Berechnung der Einkommensteuer geltend gemacht hat<sup>6</sup>. In Verbindung mit dem 3. Vermögensbildungsgesetz (624-DM-Gesetz), das die vermögenswirksame Anlage von Arbeitnehmereinkünften ebenfalls mit einer Sparzulage belohnt, ist mit Hilfe des Prämiensparens immer noch eine Rendite zu erzielen, die nicht vom Geldwertschwund völlig aufgezehrt wird.

Prämienbegünstigte Einlagen 1970 bis 1972

Jahresende	Spareinlagen insgesamt	darunter prämienebegünstigt	
	Mill. DM	Mill. DM	%
1969	5 295	578	10,9
1970	5 810	632	10,9
1971	6 495	715	11,0
1972	7 332	821	11,2

Die Sparer haben das offenbar erkannt und ihre Möglichkeiten in verstärktem Umfange genutzt. Dies trifft insbesondere für das Jahr 1972 zu. In diesem Jahr erreichten die prämienebegünstigten Spareinlagen am 31.12. die Höhe von 821 Mill. DM, das sind 11,2% aller in Schleswig-Holstein eingelegten Sparbeiträge. Der Anteil der prämienebegünstigten Einlagen ist damit zum Jahresende 1972 so hoch gewesen wie nie zuvor. Die Sparprämien gehören übrigens nicht zu den Spareinlagen im Sinne dieser Statistik. Während der Laufzeit des prämienebegünstigten Sparvertrages werden sie getrennt verbucht und bleiben dem Zugriff des Sparerers entzogen, solange die Festlegungsfrist noch nicht abgelaufen ist. Daß es sich bei den vom Bund aus Steuermitteln gezahlten Prämien um

5) Letzte Fassung vom 5. 8. 1970 (BGBl. I S. 1214)

6) Das sogenannte Kumulationsverbot, das heißt das Verbot der gleichzeitigen Inanspruchnahme von Sparprämie, Wohnungsbauprämie und Sonderausgabenvergünstigung, ist durch das Steueränderungsgesetz 1969 insoweit abgeschwächt worden, als Wohnungsbauprämie und Sparprämie für vermögenswirksame Leistungen (aufgrund des 624-DM-Gesetzes) nebeneinander in Anspruch genommen werden können



einen nicht unerheblichen Betrag handelt, ist dem Bundeshaushaltsplan zu entnehmen: dort waren für das Kalenderjahr 1971 an Zahlungen nach dem Sparprämien-gesetz insgesamt 1,63 Mrd. DM vorgesehen<sup>7</sup>. Der Zweck des Sparprämien-gesetzes, nämlich breite Teile der Bevölkerung zur Eigentumsbildung zu veranlassen, wird also durch eine bedeutende staatliche Vermögensumverteilung unterstützt.

#### Abnehmender Einlagenanteil der Sparkassen

Die erhebliche Zunahme des Spargeschäfts in den zurückliegenden drei Jahren kommt unter anderem auch in der gestiegenen Zahl der Zweigniederlassungen im Kreditgewerbe zum Ausdruck. Bei Sparkassen und bei Kreditgenossenschaften fällt die Entwicklung mit einer Abnahme der Unternehmenszahl zusammen, die eine Folge der zunehmenden Zusammenschlußbewegung auch im Kreditgewerbe ist. Die Zahl der in Schleswig-Holstein vertretenen Kreditbanken blieb dagegen mit 10 Unternehmen im Berichtszeitraum unverändert.

Die Kreditinstitute in Schleswig-Holstein  
und ihr Bestand an Spareinlagen  
nach Bankengruppen 1969 bis 1972

Jahresende	1969	1970	1971	1972 <sup>1</sup>
<b>Berichtende Kreditinstitute insgesamt</b>				
Unternehmen <sup>2</sup>	168	161	154	150
Spareinlagen in Mill. DM	5 295	5 810	6 495	6 987
darunter				
Sparkassen				
Unternehmen	58	53	47	46
mit ... Zweigniederlassungen	597	610	636	.
Spareinlagen in Mill. DM	3 354	3 662	4 025	4 258
Kreditbanken				
Unternehmen	10	10	10	10
mit ... Zweigniederlassungen	328	341	352	.
Spareinlagen in Mill. DM	1 124	1 242	1 431	1 560
Kreditgenossenschaften <sup>3</sup>				
Unternehmen	77	75	74	72
Spareinlagen in Mill. DM	737	821	943	1 062

1) Stand 31. 10.

2) Bei den Angaben über die Anzahl der Unternehmen ist folgende methodische Bemerkung über die Erhebungseinheit zu beachten:

a) bei Sitz des Unternehmens in Schleswig-Holstein ist dieses Erhebungseinheit, jedoch ohne seine auswärtigen Niederlassungen

b) bei Sitz des Unternehmens außerhalb Schleswig-Holsteins ist Erhebungseinheit die Summe der Niederlassungen im Lande, die zu diesem Unternehmen gehören

3) Nicht erfaßt sind Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug

Nach wie vor sind am Spargeschäft in Schleswig-Holstein zum überwiegenden Teil die Sparkassen beteiligt. Die Entwicklung in den zurückliegenden Jahren zeigt jedoch, daß

<sup>7</sup>) siehe Kapitel 6004 (Sonderleistungen des Bundes) im Bundeshaushaltsplan 1971

ihr Anteil an allen Spareinlagen langsam aber ständig zurückgeht. Während Ende 1965 die Sparkassen noch über zwei Drittel aller Spareinlagen auf sich vereinigen konnten, betrug ihr Anteil am 31.10.1972 nur noch 61%. Dagegen konnten die Kreditbanken und die Kreditgenossenschaften ihren Geschäftsanteil ausweiten. Die Spareinlagen erhöhten sich in der Zeit vom Jahresende 1969 bis zum 31.10.1972 bei den Kreditgenossenschaften um 44% und bei den Kreditbanken um 39%; auf die Sparkassen entfiel dagegen nur ein Zuwachs von 27%. Mit dieser Feststellung soll nichts über den allgemeinen geschäftlichen Erfolg der Sparkassen gesagt sein. Es ist durchaus möglich, daß die Sparkassen gleichzeitig ihre bankgeschäftliche Tätigkeit außerhalb des Spargeschäfts zunehmend erweitert und insbesondere auch das Personalkreditgeschäft in stärkerem Umfange in ihre Tätigkeit einbezogen haben.

Die Verteilung der Spareinlagen auf die Bankengruppen in %

Jahresende	Spar-kassen	Kredit-banken	Kredit-genossen-schaften	Übrige	Alle Banken-gruppen
1969	63,3	21,2	13,9	1,5	100
1970	63,0	21,4	14,1	1,5	100
1971	62,0	22,0	14,5	1,4	100
1972 <sup>1</sup>	60,9	22,3	15,2	1,5	100

1) Stand 31. 10.

#### Vergleich mit dem Bundesgebiet

"Als Spareinlagen dürfen nur Geldbeträge angenommen werden, die der Ansammlung oder Anlage von Vermögen dienen; Beträge, die zur Verwendung im Geschäftsbetrieb oder für den Zahlungsverkehr bestimmt sind, erfüllen diese Voraussetzungen nicht." Aus dieser Vorschrift des Kreditwesengesetzes folgt, daß Spareinlagen fast ausschließlich von privaten Haushalten angenommen werden. Am Jahresende 1972 gehörten nur 4,8% des Bestandes an Spareinlagen der öffentlichen Hand.

Bezieht man den gesamten Jahresendbestand auf die schleswig-holsteinische Wohnbevölkerung, so ergibt sich eine durchschnittliche Spareinlage am 31. 12. 1972 von 2 745 DM je Einwohner. Von allen Ländern des Bundesgebiets einschließlich Berlin (West) ist dies bei weitem der niedrigste Spareinlagensatz je Einwohner. Am schlechten Abschneiden Schleswig-Holsteins gegenüber anderen Bundesländern hat sich also bei dieser Betrachtungsweise in den letzten drei Jahren nichts geändert. Im Gegenteil, die Abweichung vom Bundesdurchschnitt hat sich geringfügig ver-

Land	Bestand an Spareinlagen <sup>1</sup>		
	am 30. 11. 1972		dagegen
	in Mill. DM	in DM je Einwohner	am 1. 1. 1970 in DM je Einwohner
Schleswig-Holstein	7 014	2 745	2 071
Hamburg	9 292	5 236	3 984
Niedersachsen	24 320	3 378	2 563
Bremen	2 861	3 885	2 877
Nordrhein-Westfalen	67 560	3 937	2 982
Hessen	24 268	4 403	3 143
Rheinland-Pfalz	13 205	3 583	2 569
Saarland	3 645	3 252	2 365
Baden-Württemberg	37 242	4 085	3 098
Bayern	44 049	4 102	3 034
Berlin (West)	6 906	3 332	2 277
<b>Bundesgebiet</b>	<b>240 365</b>	<b>3 897</b>	<b>2 903</b>

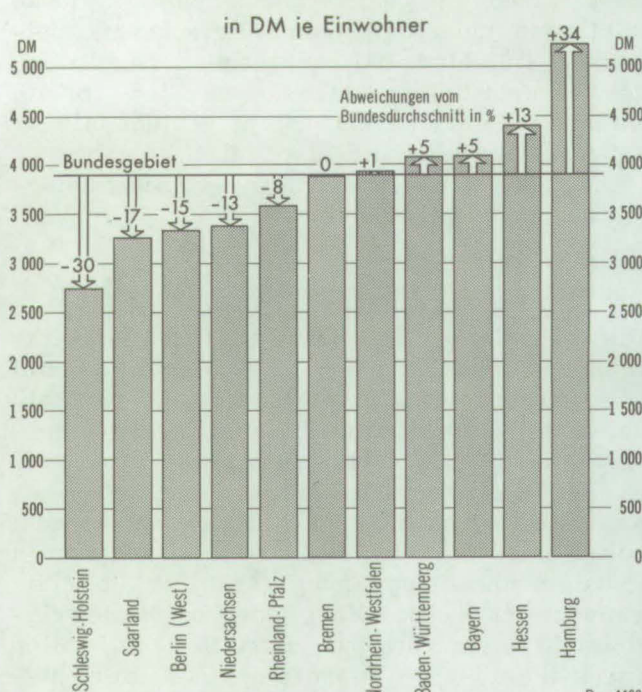
1) ohne Postspareinlagen

größert: Anfang 1970 waren die Spareinlagen je Einwohner in Schleswig-Holstein um 29%, Ende 1972 um 30% niedriger als im Bundesgebiet.

Es ist schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, nachzuweisen, warum die Schleswig-Holsteiner so viel weniger sparen. Ein Grund für die geringe Spartätigkeit könnte in der besonders engen Verflechtung Hamburgs mit weiten Teilen des südholsteinischen Randgebiets liegen, wenn man vermutet, daß die täglich nach Hamburg zur Arbeit fahrenden Erwerbstätigen ihre Spargelder vorwiegend bei hamburgischen Instituten anlegen. Aber hierüber gibt es keine Zahlen. Auch die Unterschiede im Volkseinkommen je Einwohner in den Ländern der Bundesrepublik können zwar einen gewissen Einfluß auf die Sparleistung ausüben, aber entscheidend dürfte dies im Falle Schleswig-Holsteins nicht sein. Die Abweichung des Volkseinkommens in DM je Einwohner vom Bundesdurchschnitt ist nämlich in Schleswig-Holstein wesentlich geringer als dies bei der Spartätigkeit der Fall ist. Auch gibt es Länder mit relativ geringerem Sozialprodukt als Schleswig-Holstein und größerer Spartätigkeit.

Eine weitere Ursache für die hohe Abweichung vom Bundesdurchschnitt könnte darin zu suchen sein, daß womöglich in Schleswig-Holstein aufgrund einer andersartigen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur vermehrt anderen

## Der Bestand an Spareinlagen bei den Kreditinstituten in den Bundesländern am 30.11.1972



Sparformen oder Vermögensanlagen der Vorzug gegeben wird. Die Statistik der Spareinlagen enthält nämlich nicht das

Postsparen

Bausparen und Entschuldung von Grundbesitz

Versicherungssparen

Wertpapiersparen

Sparen durch Kassenhaltung.

All diese Sparformen konkurrieren in gewisser Weise mit den Spareinlagen bei Kreditinstituten. Über das Bausparen liegen dem Statistischen Landesamt Unterlagen vor, aus denen hervorgeht, daß die Ansparleistung im Jahre 1971 in Schleswig-Holstein im Schnitt je Einwohner um 17% geringer gewesen ist als im Bundesgebiet. Ob die vier anderen Arten der Vermögensanlage vielleicht in Schleswig-Holstein besonders bevorzugt werden, ist nicht feststellbar.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Entwicklung der Spareinlagen 1966 bis 1969" in dieser Zeitschrift 1970, S. 208 (September)

**ERLÄUTERUNGEN:** Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtige, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

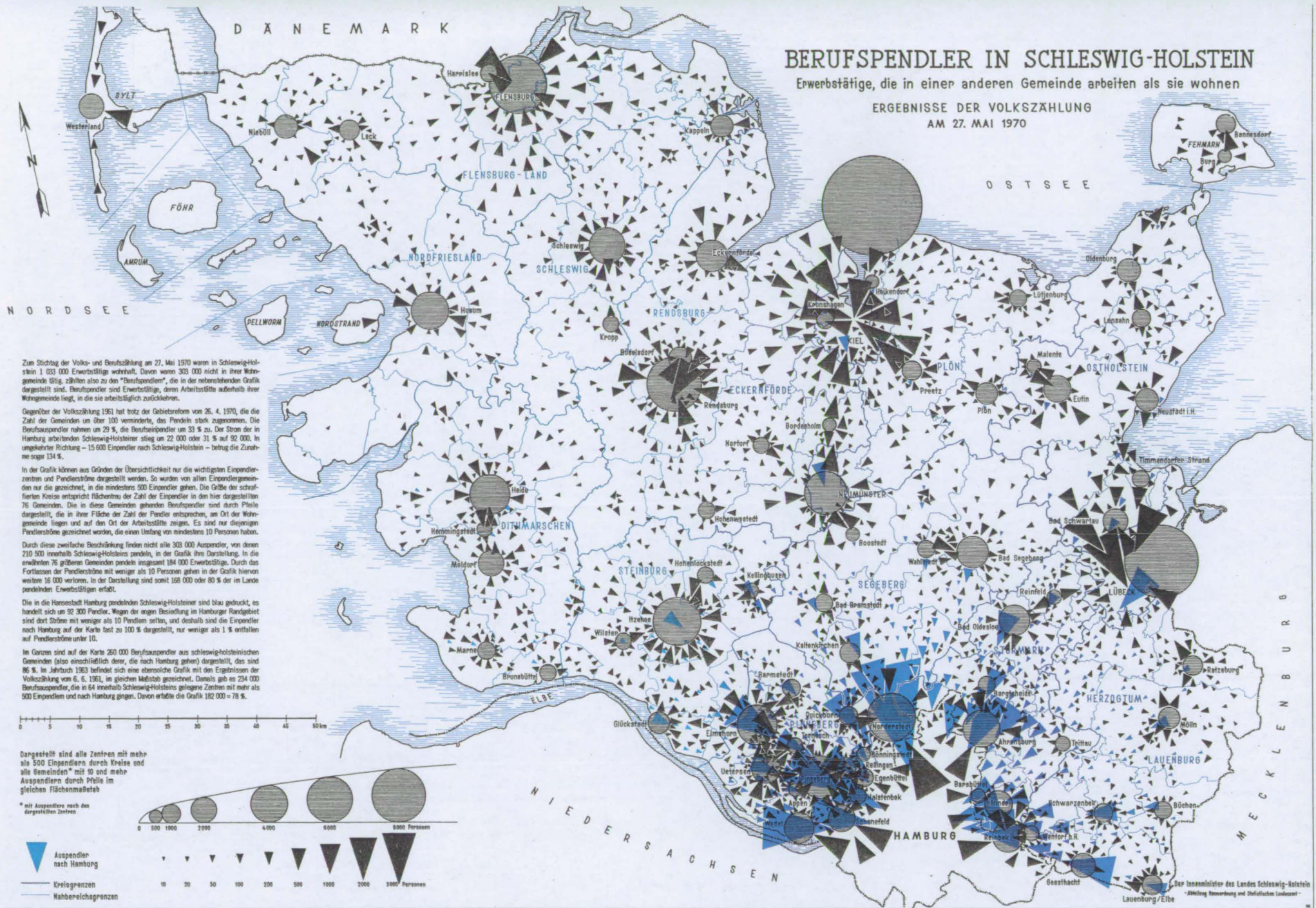
. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

# BERUFSPENDLER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Erwerbstätige, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen

ERGEBNISSE DER VOLKZÄHLUNG  
AM 27. MAI 1970



Zum Stichtag der Volks- und Berufszählung am 27. Mai 1970 waren in Schleswig-Holstein 1.033.000 Erwerbstätige vertrieht. Davon waren 303.000 nicht in ihrer Wohn-gemeinde tätig, zählten also zu den "Berufspendlern", die in der näherliegenden Grafik dargestellt sind. Berufspendler sind Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte außerhalb ihrer Wohn-gemeinde liegt, in die sie arbeitsmäßig zurückkehren.

Gegenüber der Volkszählung 1961 hat trotz der Gebietsreform vom 26. 4. 1970, die die Zahl der Gemeinden um über 100 verminderte, das Pendeln stark zugenommen. Die Berufspendler nahmen um 29 %, die Berufsempfänger um 33 % zu. Der Strom der in Hamburg arbeitenden Schleswig-Holsteiner stieg um 22.000 oder 31 % auf 92.000. In umgekehrter Richtung - 15.600 Pendler nach Schleswig-Holstein - betrug die Zunahme sogar 134 %.

In der Grafik können aus Gründen der Übersichtlichkeit nur die wichtigsten Einpendler-zentren und Pendlerströme dargestellt werden. So wurden von allen Einpendler-gemeinden nur die gezeichnet, in die mindestens 500 Pendler gehen. Die Größe der schraffierten Kreise entspricht flächenreih der Zahl der Einpendler in den hier dargestellten 76 Gemeinden. Die in diese Gemeinden gehenden Berufspendler sind durch Pfeile dargestellt, die in ihrer Fläche die Zahl der Pendler entsprechen, am Ort der Wohn-gemeinde liegen und auf den Ort der Arbeitsstätte zeigen. Es sind nur diejenigen Pendlerströme gezeichnet worden, die einen Umfang von mindestens 10 Personen haben.

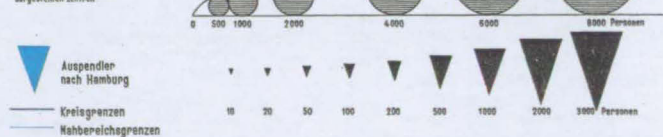
Durch diese zweifache Beschränkung finden nicht alle 303.000 Auspendler, von denen 210.500 innerhalb Schleswig-Holsteins pendeln, in der Grafik ihre Darstellung. In die erwähnten 76 größeren Gemeinden pendeln insgesamt 184.000 Erwerbstätige. Durch das Fortlassen der Pendlerströme mit weniger als 10 Personen gehen in der Grafik hiervon weitere 16.000 verloren. In der Darstellung sind somit 168.000 oder 80 % der im Lande pendelnden Erwerbstätigen erfasst.

Die in die Hansestadt Hamburg pendelnden Schleswig-Holsteiner sind blau gedruckt, es handelt sich um 92.300 Pendler. Wegen der engen Besiedlung im Hamburger Randgebiet sind dort Ströme mit weniger als 10 Pendlern selten, und deshalb sind die Einpendler nach Hamburg auf der Karte fast zu 100 % dargestellt, nur weniger als 1 % entfallen auf Pendlerströme unter 10.

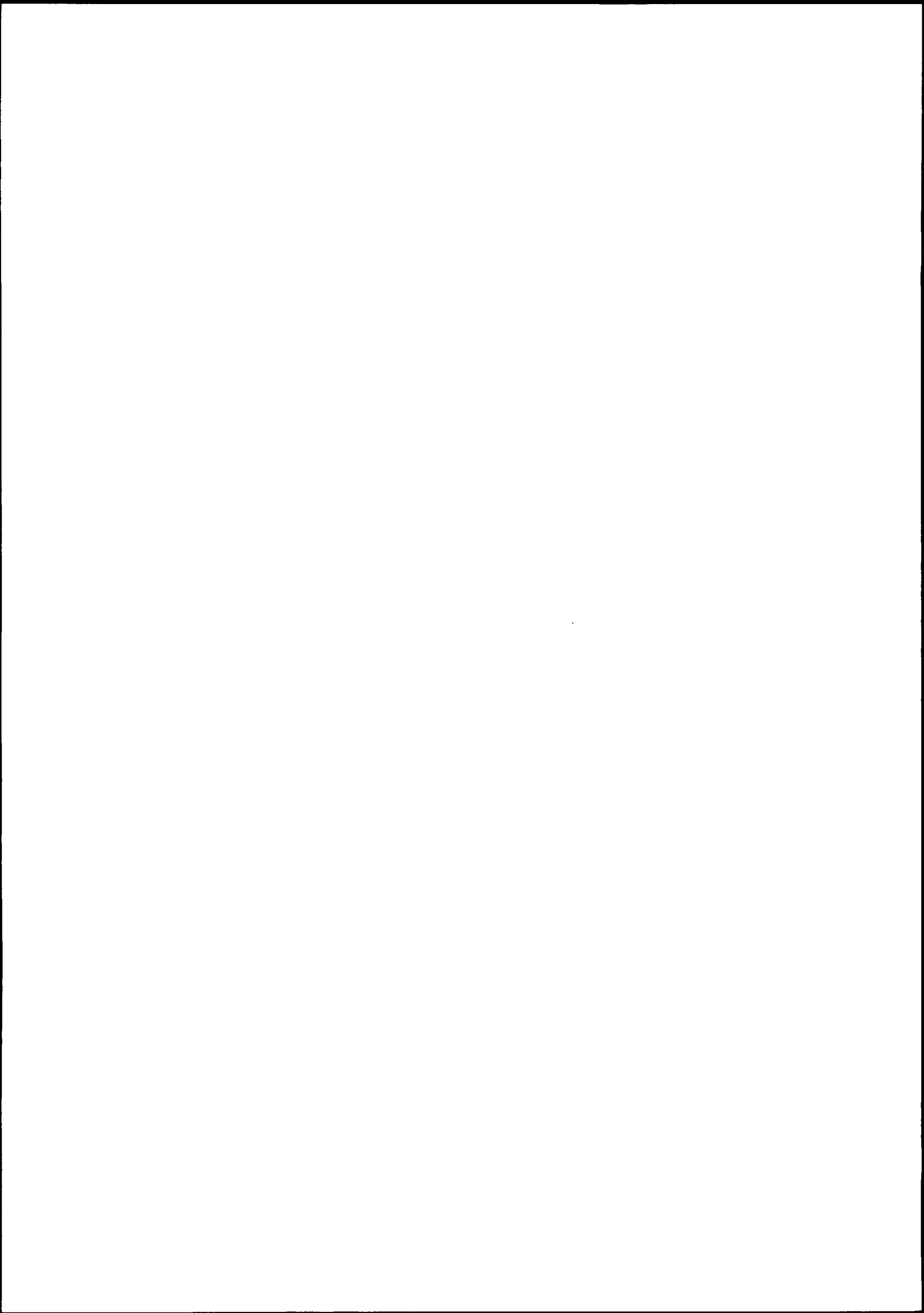
Im Ganzen sind auf der Karte 250.000 Berufspendler aus schleswig-holsteinischen Gemeinden (also einschließlich derer, die nach Hamburg gehen) dargestellt, das sind 86 % im Vergleich 1963 befindet sich eine ähnliche Grafik mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 6. 6. 1961, im gleichen Maßstab gezeichnet. Damals gab es 234.000 Berufspendler, die in 64 innerhalb Schleswig-Holsteins gelegene Zentren mit mehr als 500 Einpendlern und nach Hamburg gingen. Davon erfasste die Grafik 182.000 = 78 %.

Dargestellt sind alle Zentren mit mehr als 500 Einpendlern durch Kreise und alle Gemeinden mit 10 und mehr Auspendlern durch Pfeile im gleichen Flächenmaßstab

\* mit Auspendlern nach den dargestellten Zentren

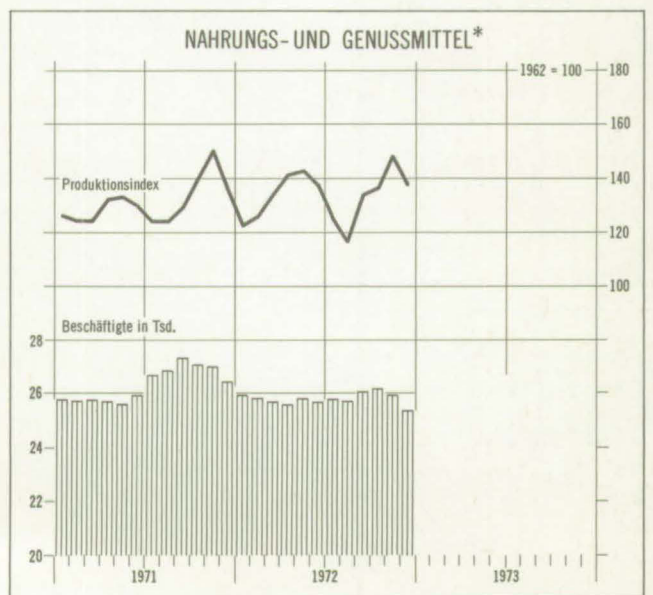
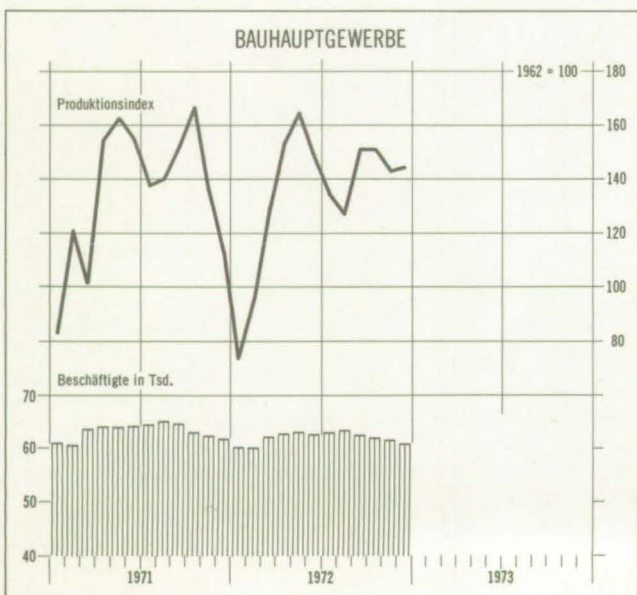
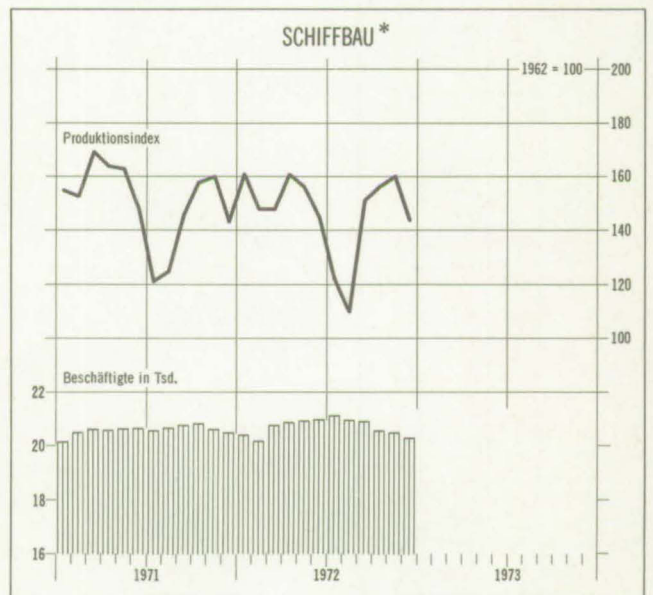
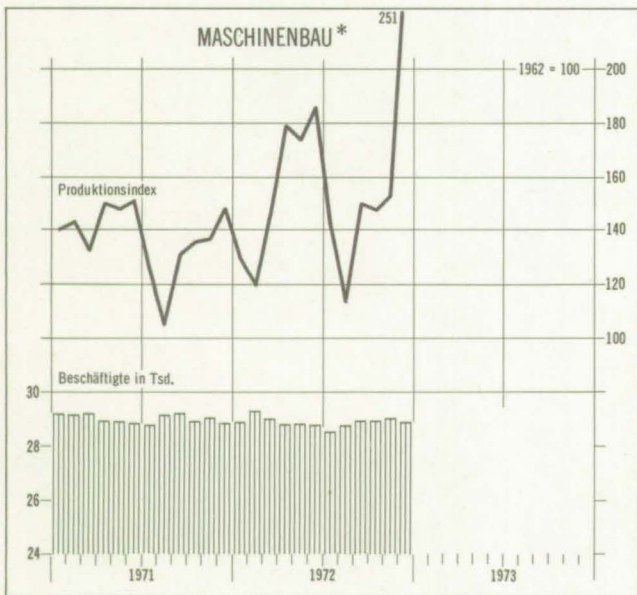
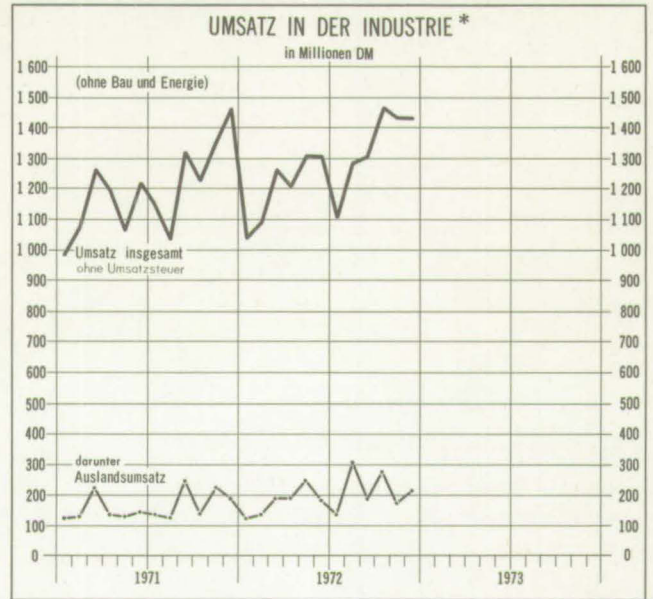
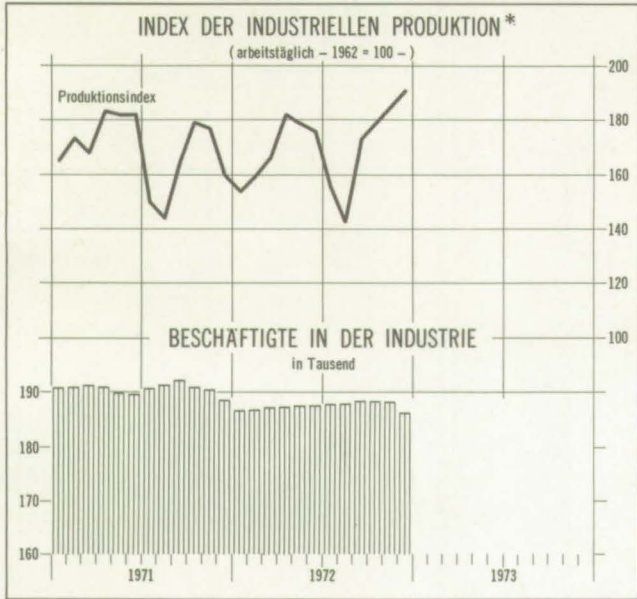


Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein  
Abteilung Raumordnung und Statistisches Landesamt

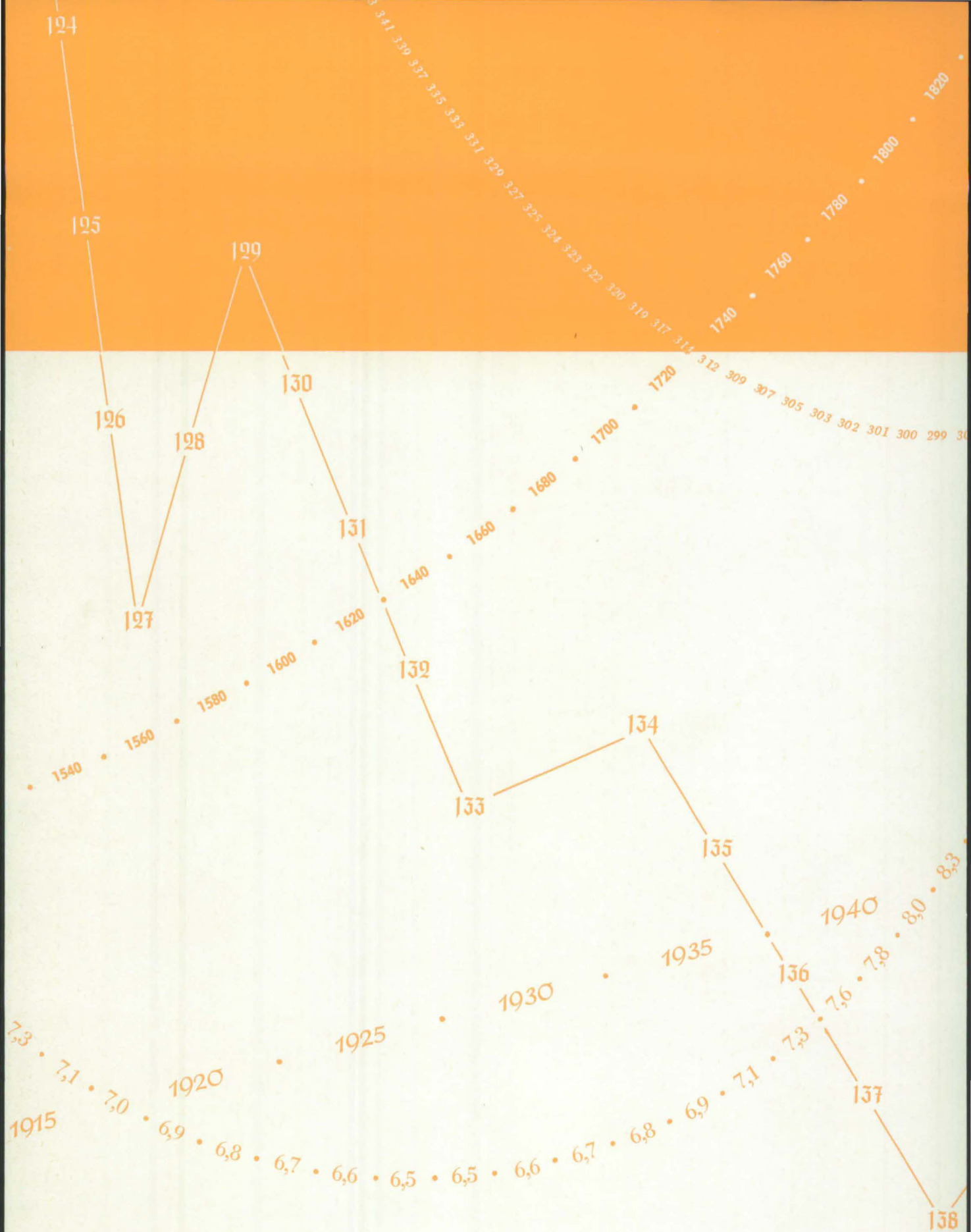


# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



\*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen